



**2020/0361(COD)**

8.7.2021

# **ÄNDERUNGSANTRÄGE 1873 - 2158**

**Entwurf eines Berichts**  
**Christel Schaldemose**  
(PE693.594v01-00)

Ein Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und  
Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

Vorschlag für eine Verordnung  
(COM(2020)0825 – C9-0000/2021 – 2020/0361(COD))



## Änderungsantrag 1873

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

*Geänderter Text*

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren. ***Bei systematischen und wiederholten Verstößen gegen die Verhaltenskodizes beschließt das Gremium als letztes Mittel, Plattformen, die ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der Verhaltenskodizes nicht nachkommen, vorübergehend zu suspendieren oder endgültig auszuschließen.***

Or. en

## Änderungsantrag 1874

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

*Geänderter Text*

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren. ***Bei systematischen und wiederholten Verstößen gegen die Verhaltenskodizes***

***beschließt das Gremium als letztes Mittel, Plattformen, die ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der Verhaltenskodizes nicht nachkommen, vorübergehend zu suspendieren oder endgültig auszuschließen.***

Or. en

*Begründung*

*Anbieter, die gegen einen Kodex verstoßen, sollten unter Umständen aus diesem Kodex ausgeschlossen werden.*

**Änderungsantrag 1875**

**Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 35 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) **Das Gremium** überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

*Geänderter Text*

(5) **Die Agentur** überwacht und bewertet regelmäßig, **mindestens jedoch einmal im Jahr**, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Or. en

**Änderungsantrag 1876**

**Marcel Kolaja**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 35 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium **überwacht und bewertet regelmäßig**, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen

*Geänderter Text*

(5) Das Gremium **kann regelmäßig überwachen und bewerten**, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin

wesentlichen Leistungsindikatoren.

enthaltenen wesentlichen  
Leistungsindikatoren.

Or. en

### **Änderungsantrag 1877**

**Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 35 – Absatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(5a) Für jeden Verhaltenskodex wird eine Europäische Bürgerversammlung eingerichtet, die die Ergebnisse der Verhaltenskodizes überwacht, öffentlich über die wichtigsten Fragen berät und der Kommission politische Empfehlungen an die Hand gibt. Die Mitglieder der Europäischen Bürgerversammlungen werden unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Wohnort und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht nach dem Zufallsprinzip so ausgewählt, dass sie für die europäische Gesellschaft weitgehend repräsentativ sind.**

Or. en

### **Änderungsantrag 1878**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 36**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 36**

**entfällt**

***Verhaltenskodizes für Online-Werbung***

**(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene**

*zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.*

*(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:*

*a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 24 Buchstaben b und c;*

*b) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Archive gemäß Artikel 30.*

*(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.*

Or. en

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 36**

**entfällt**

***Verhaltenskodizes für Online-Werbung***

***(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.***

***(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:***

- a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 24 Buchstaben b und c;***
- b) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für***

**Online-Werbung befinden, an die Archive gemäß Artikel 30.**

**(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.**

Or. en

**Änderungsantrag 1880**  
**Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung, **jedoch ebenso zu mehr Transparenz zwischen allen Akteuren der programmatischen Werbewertschöpfungskette** beizutragen.

Or. en

**Änderungsantrag 1881**  
**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36 – Absatz 1**



*Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **bei Online-Werbung** beizutragen.

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **für alle Akteure der Online-Werbewertschöpfungskette** beizutragen.

Or. en

**Änderungsantrag 1882**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 36 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **bei** Online-Werbung beizutragen.

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **für alle Akteure der Wertschöpfungskette für** Online-Werbung beizutragen.

Or. en

## Begründung

*Aufgrund der Komplexität der Online-Werbung ist es wichtig, alle Akteure in die Verhaltenskodizes einzubeziehen.*

### Änderungsantrag 1883

**Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler**

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

##### *Geänderter Text*

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Or. en

### Änderungsantrag 1884

**Marcel Kolaja**

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission **fördert und erleichtert** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung,

##### *Geänderter Text*

(1) Die Kommission **kann** die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung,

oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden **fördern und erleichtern**, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Or. en

### **Änderungsantrag 1885**

**Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 24 Buchstaben b und c;

##### *Geänderter Text*

a) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel **2a (neu)** Buchstaben b und c;

Or. en

### **Änderungsantrag 1886**

**Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

b) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Archive gemäß Artikel 30.

##### *Geänderter Text*

b) die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, **insbesondere der Informationen gemäß Artikel 30 Absatz 2 Buchstaben d und da (neu)**, an die Archive gemäß Artikel 30.

Or. en

**Änderungsantrag 1887**

**Andrea Caroppo, Salvatore De Meo, Carlo Fidanza**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) die Einrichtung einer gemeinsamen oder eindeutigen Kennung, die aus mehreren Elementen besteht (z. B. Kennung des Werbetreibenden, der Marke der Kampagne, des Produkts und des Kaufs), sodass Werbetreibende und Verleger eine Kampagne über ihre gesamte Laufzeit hinweg erkennen und verfolgen können.***

Or. en

**Änderungsantrag 1888**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) die Einrichtung einer eindeutigen Kennung, die es Werbetreibenden und Verlegern ermöglicht, eine Kampagne über ihre gesamte Laufzeit hinweg zu erkennen und zu verfolgen.***

Or. en

**Änderungsantrag 1889**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 36 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

*Geänderter Text*

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt. **Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Kodizes drei Jahre nach der Anwendung dieser Verordnung.**

Or. en

*Begründung*

*Sobald sie angenommen wurden, sollte die Kommission damit beginnen, zu bewerten, ob sie umgesetzt werden. Ist dies nicht der Fall, könnten weitere Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.*

**Änderungsantrag 1890**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 36 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

*Geänderter Text*

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt. **Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Kodizes zwei Jahre nach der Anwendung dieser Verordnung.**

Or. en

**Änderungsantrag 1891**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Die Kommission fordert alle Akteure der Wertschöpfungskette für Online-Werbung auf, die in den Verhaltenskodizes festgelegten Verpflichtungen zu übernehmen und einzuhalten.**

Or. en

**Änderungsantrag 1892**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Marco Zullo, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Die Kommission fordert alle Akteure der Online-Werbung auf, die in den Verhaltenskodizes festgelegten Verpflichtungen zu übernehmen und einzuhalten.**

Or. en

*Begründung*

*Aufgrund des komplexen Systems der Online-Werbung ist es wichtig, dass sich alle Akteure des Systems auf die Verhaltenskodizes verpflichten.*

**Änderungsantrag 1893**

**Liesje Schreinemacher, Bart Groothuis, Hilde Vautmans, Marco Zullo, Karen Melchior, Morten Løkkegaard, Adrián Vázquez Lázara, Sandro Gozi**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 36 a (neu)**

**Artikel 36a**

**Verhaltenskodizes zum Schutz von Minderjährigen**

**(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, Organisationen, die Minderjährige vertreten, Eltern und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um Minderjährige im Internet noch besser zu schützen.**

**(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass Minderjährige im Internet durch die Verhaltenskodizes wirksam geschützt und dabei die Rechte des Kindes geachtet werden, die in Artikel 24 der Charta und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankert und hinsichtlich des digitalen Umfelds in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Ausschusses für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen ausgeführt sind. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:**

**a) Altersverifikations- und Altersnachweissysteme unter Berücksichtigung der Branchennormen nach Artikel 34,**

**b) eine kind- und altersgerechte Gestaltung unter Berücksichtigung der Branchennormen nach Artikel 34.**

**(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn der Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.**

Or. en

## Änderungsantrag 1894

Andreas Schieder, Evelyne Gebhardt, Paul Tang, Marc Angel, Maria-Manuel Leitão-Marques

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 36a**

##### **Verhaltenskodizes für Kurzzeitvermietung zu Urlaubszwecken**

**(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen, Anbietern von Kurzzeitvermietung zu Urlaubszwecken und den zuständigen Behörden, um zur ordnungsgemäßen Durchsetzung der Genehmigungs- und Registrierungsregelungen für Kurzzeitvermietung zu Urlaubszwecken beizutragen.**

**(2) Die Kommission soll sicherstellen, dass die Verhaltenskodizes zur Entwicklung wirksamer Mechanismen führen, mit denen Online-Plattformen die Einhaltung der nationalen Registrierungs- und Genehmigungsanforderungen durch Anbieter von Kurzzeitvermietung zu Urlaubszwecken überprüfen und verfolgen können. Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.**

Or. en

#### *Begründung*

*The DSA can play a key role in tackling the issue of illegal short term holiday rentals (STRs). Currently, despite the fact that STR providers are subject to clear registration and authorization requirements in many Member States, enforcing such registration schemes has*



*proved difficult. STR providers often advertise their properties without a proper registration number on an online platform and public authorities struggle to identify and order the removal of such properties. The DSA can provide enforcement relief by encouraging the introduction of more automated verification systems through online databases set up by public authorities that platforms could consult to verify that STR providers have received the relevant authorization to market their property.*

**Änderungsantrag 1895**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**[...]**

***entfällt***

Or. fr

**Änderungsantrag 1896**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**[...]**

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 1897**  
**Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von ***freiwilligen*** Krisenprotokollen zur

Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Or. en

## **Änderungsantrag 1898** **Marcel Kolaja**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 37 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

#### *Geänderter Text*

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von **freiwilligen** Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Or. en

## **Änderungsantrag 1899** **Marcel Kolaja**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 37 – Absatz 2 – Einleitung**

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Die Kommission **fördert und erleichtert** die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen **und beteiligt sich selbst** an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen umfassen:

#### *Geänderter Text*

(2) Die Kommission **kann** die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen umfassen, **fördern und erleichtern und sich selbst daran beteiligen:**

**Änderungsantrag 1900**  
**Jordi Cañas, Maite Pagazaurtundúa**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) hervorgehobene Darstellung von Informationen über die Krisensituation, die von den Behörden der Mitgliedstaaten oder auf Unionsebene bereitgestellt werden;

*Geänderter Text*

a) hervorgehobene Darstellung von Informationen über die Krisensituation, die von den Behörden der Mitgliedstaaten oder auf Unionsebene bereitgestellt werden **und für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind**;

Or. en

**Änderungsantrag 1901**  
**Marcel Kolaja**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Kommission kann gegebenenfalls die Behörden der Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in die Ausarbeitung, Erprobung und Überwachung der Anwendung der Krisenprotokolle einbeziehen. **Die Kommission kann gegebenenfalls auch Organisationen der Zivilgesellschaft oder andere einschlägige Organisationen in die Ausarbeitung der Krisenprotokolle einbeziehen.**

*Geänderter Text*

(3) Die Kommission kann gegebenenfalls die Behörden der Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in die Ausarbeitung, Erprobung und Überwachung der Anwendung der Krisenprotokolle einbeziehen.

Or. en

**Änderungsantrag 1902**  
**Jordi Cañas, Maite Pagazaurtundúa**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37 – Absatz 4 – Buchstabe f a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***fa) Maßnahmen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung von Krisenprotokollen, unter anderem durch die Bereitstellung einer barrierefreien Beschreibung dieser Protokolle.***

Or. en

*Begründung*

*Die EU ist auch im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet, Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen zu schützen (Artikel 11). Die Bedeutung der Unterrichtung der Bevölkerung in Notfällen (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) und von Notrufen (europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation) ist fest im Unionsrecht verankert und wird darin anerkannt. Das Gesetz über digitale Dienste sollte mit diesem Ansatz im Einklang stehen, um das Übereinkommen der Vereinten Nationen umzusetzen.*

**Änderungsantrag 1903**  
**Alex Agius Saliba, Christel Schaldemose**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 37 – Absatz 4 – Buchstabe f a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***fa) Maßnahmen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung von Krisenprotokollen, unter anderem durch die Bereitstellung einer barrierefreien Beschreibung dieser Protokolle.***

Or. en

*Begründung*

*Die EU ist auch im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet, Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und humanitären Notlagen zu schützen (Artikel 11). Die Bedeutung der*

*Unterrichtung der Bevölkerung in Notfällen (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) und von Notrufen (europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation) ist fest im Unionsrecht verankert und wird darin anerkannt. Das Gesetz über digitale Dienste sollte mit diesem Ansatz im Einklang stehen, um das Übereinkommen der Vereinten Nationen umzusetzen.*

## **Änderungsantrag 1904**

**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 37 – Absatz 5**

##### *Vorschlag der Kommission*

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **kann** sie die Beteiligten **auffordern**, das Krisenprotokoll zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

##### *Geänderter Text*

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **fordert** sie die Beteiligten **auf**, das Krisenprotokoll **aufzuheben und erforderlichenfalls** zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

Or. en

## **Änderungsantrag 1905**

**Marcel Kolaja**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 37 a (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

#### **Artikel 37a**

##### **Rechenschaftspflicht und Transparenz**

**(1) Bevor die Kommission die Aushandlung oder die Überarbeitung von Verhaltenskodizes einleitet oder erleichtert,**

**a) prüft sie die Zweckmäßigkeit von Legislativvorschlägen;**

**b) veröffentlicht sie die Elemente des**

*Kodexes, die sie vorschlagen oder befürworten könnte;*

*c) ersucht sie das Europäische Parlament, den Rat, die Agentur für Grundrechte, die Öffentlichkeit und gegebenenfalls den Europäischen Datenschutzbeauftragten, Stellungnahmen abzugeben und zu veröffentlichen;*

*d) führt sie eine Folgenabschätzung im Hinblick auf die Grundrechte durch und veröffentlicht die Ergebnisse.*

*(2) Die Kommission veröffentlicht anschließend die Elemente des geplanten Verhaltenskodexes, die sie in den Verhandlungen vorzuschlagen oder zu befürworten beabsichtigt. Sie darf keine Elemente vorschlagen oder befürworten, gegen die das Europäische Parlament oder der Rat Einwände erheben oder die nicht Gegenstand des Verfahrens nach Absatz 1 waren.*

*(3) Die Kommission gestattet Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, die sich für die Interessen der Nutzer einschlägiger Dienste einsetzen, des Europäischen Parlaments, des Rates und der Agentur für Grundrechte, als Beobachter an den Verhandlungen teilzunehmen und alle sie betreffenden Unterlagen einzusehen. Die Kommission bietet Teilnehmern, die einer gemeinnützigen Organisation angehören, eine Entschädigung an.*

*(4) Die Kommission veröffentlicht die Verhaltenskodizes und deren Unterzeichner und hält die Informationen auf dem neuesten Stand.*

*(5) Dieser Artikel gilt sinngemäß für Krisenprotokolle.*

Or. en

**Änderungsantrag 1906**  
**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) **Die Mitgliedstaaten** benennen eine oder mehrere zuständige Behörden, **die** für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung zuständig sind (im Folgenden „zuständige Behörden“).

*Geänderter Text*

(1) **Unbeschadet der Verfahren für die Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen gemäß Abschnitt 3** benennen **die Mitgliedstaaten** eine oder mehrere zuständige Behörden **als** für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung zuständig sind (im Folgenden „zuständige Behörden“).

Or. en

*Begründung*

*Für sehr große Online-Plattformen wird eine neue europäische Plattformagentur eingerichtet. Mit diesem Änderungsantrag wird klargestellt, dass die Arbeit der Behörden auf Ebene der Mitgliedstaaten dadurch nicht beeinträchtigt werden darf.*

**Änderungsantrag 1907**

**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu

*Geänderter Text*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. **Diese zuständigen Behörden haben dieselben Befugnisse zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder zur Überwachung der ihnen zugewiesenen Sektoren, die auch**

einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

***dem Koordinator für digitale Dienste für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen wurden.*** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Or. en

**Änderungsantrag 1908**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, ***es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen.*** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

*Geänderter Text*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Or. en

**Änderungsantrag 1909**  
**Karen Melchior, Anna Júlia Donáth**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz -1 (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-(1) Die Mitgliedstaaten benennen die in Artikel 30 der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste genannten Regulierungsbehörden nicht als zuständige Behörden bzw. als Koordinator für digitale Dienste.**

Or. en

*Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sollten nicht dieselben Behörden, die gemäß Artikel 30 der AVMD-Richtlinie benannt wurden, benennen, um zu vermeiden, dass ein und dieselbe Institution mit der Befugnis ausgestattet wird, die gesamte Medienlandschaft sowie den Online-Raum des Mitgliedstaats zu gestalten.*

**Änderungsantrag 1910**  
**Karen Melchior, Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Ist ein Mitgliedstaat Gegenstand eines Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 oder 2 des Vertrags über die Europäische Union oder wurde gegen ihn ein Verfahren auf der Grundlage der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 eingeleitet, bestätigt die Kommission vor der Ernennung des von diesem Mitgliedstaat vorgeschlagenen Koordinators für digitale Dienste zusätzlich, dass dieser die in Artikel 39 festgelegten Anforderungen erfüllt.**

Or. en

**Änderungsantrag 1911**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden, *dem Gremium* und der *Kommission* zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist.

*Geänderter Text*

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden und der *Agentur* zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist.

Or. en

*Begründung*

*Für sehr große Online-Plattformen wird eine neue europäische Plattformagentur eingerichtet, die die ursprünglich für die Kommission und das Gremium vorgesehenen Aufgaben übernimmt.*

**Änderungsantrag 1912**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Benennt ein Mitgliedstaat neben dem Koordinator für digitale Dienste mehr als eine zuständige Behörde, so stellt er sicher, dass die jeweiligen Aufgaben dieser Behörden und des Koordinators für digitale

*Geänderter Text*

Benennt ein Mitgliedstaat neben dem Koordinator für digitale Dienste mehr als eine zuständige Behörde, so stellt er sicher, dass die jeweiligen Aufgaben dieser Behörden und des Koordinators für digitale

Dienste klar definiert sind und dass sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben eng und wirksam zusammenarbeiten. Der betreffende Mitgliedstaat teilt der **Kommission und dem Gremium** den Namen der anderen zuständigen Behörden sowie deren jeweilige Aufgaben mit.

Dienste klar definiert sind und dass sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben eng und wirksam zusammenarbeiten. Der betreffende Mitgliedstaat teilt der **Agentur** den Namen der anderen zuständigen Behörden sowie deren jeweilige Aufgaben mit.

Or. en

### *Begründung*

*Für sehr große Online-Plattformen wird eine neue europäische Plattformagentur eingerichtet, die die ursprünglich für die Kommission und das Gremium vorgesehenen Aufgaben übernimmt.*

### **Änderungsantrag 1913** **Barbara Thaler, Arba Kokalari**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich und teilen diese der Kommission und dem Gremium mit.

##### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich und teilen diese der Kommission und dem Gremium mit. ***Darüber hinaus gibt die Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien an die Hand, um sicherzustellen, dass die nationalen, lokalen und regionalen Behörden in kohärenter und vergleichbarer Weise mit ihren Koordinatoren für digitale Dienste zusammenarbeiten.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1914** **Maria Grapini, Christel Schaldemose, Marc Angel, Evelyne Gebhardt, Brando Benifei**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich und teilen diese der Kommission und dem Gremium mit.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, ***online und offline*** öffentlich zugänglich und teilen diese der Kommission und dem Gremium mit.

Or. en

**Änderungsantrag 1915**

**Karen Melchior, Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Dieser Absatz gilt sinngemäß für das Verfahren für die Zulassung von außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen gemäß Artikel 18 Absatz 2 und die Zuerkennung des Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers gemäß Artikel 19 Absatz 2.***

Or. en

**Änderungsantrag 1916**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 38 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste von den zuständigen nationalen, lokalen und regionalen Behörden über die Vielfalt der Plattformsektoren und der***

*unter diese Verordnung fallenden  
Sachverhalte informiert werden.*

Or. en

**Änderungsantrag 1917**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior, Marco Zullo**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 38 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden über angemessene finanzielle und personelle Ressourcen sowie über rechtliches und technisches Fachwissen verfügen, um ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung erfüllen zu können.***

Or. en

**Änderungsantrag 1918**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 38 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden über angemessene finanzielle und personelle Ressourcen sowie über rechtliches und technisches Fachwissen verfügen, um ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung erfüllen zu können.***

Or. en

## *Begründung*

*Ohne angemessene finanzielle und personelle Ressourcen wird es nicht möglich sein, die zahlreichen Anforderungen dieser Verordnung durchzusetzen.*

### **Änderungsantrag 1919**

**Petra Kammerevert, Christel Schaldemose, Evelyne Gebhardt, Sylvie Guillaume**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 38 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 38a**

#### ***Verhältnis zu sektorspezifischen Bestimmungen***

***Diese Bestimmungen gelten nicht für Bereiche, die sektorspezifischen Vorschriften und Bestimmungen unterliegen. In diesen Bereichen liegt die Verantwortung für die Durchsetzung der Bestimmungen bei den zuständigen nationalen Behörden, die in europäischen Netzen organisiert sind. Innerhalb dieser Netze legen die zuständigen Behörden geeignete Verfahren fest, die eine wirksame Koordinierung und kohärente Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung ermöglichen.***

Or. en

## *Begründung*

*Diese sektorspezifischen Behörden und Regulierungsstellen sind auf ihrem Aufgabengebiet sehr erfahren, unabhängig und kompetent, und es besteht keine Notwendigkeit, dies zu ändern. Wenn eine Koordinierung erforderlich ist, sind die europäischen Netze (wie ERGA für audiovisuelle Medien oder GEREK für elektronische Kommunikation) dafür zuständig und werden beauftragt, wirksame und effiziente grenzüberschreitende Verfahren zu entwickeln, um eine wirksame und kohärente unionsweite Durchsetzung sicherzustellen.*

### **Änderungsantrag 1920**

**Barbara Thaler, Arba Kokalari**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 39 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

*Geänderter Text*

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. ***Darüber hinaus stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass sich ihre Koordinatoren für digitale Dienste mit den Diensteanbietern austauschen, um zu einem besseren gemeinsamen Verständnis ihrer Geschäftsmodelle sowie der rechtlichen Erfordernisse zu gelangen.***

Or. en

**Änderungsantrag 1921**  
**Karen Melchior, Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 39 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Koordinatoren für digitale Dienste rechtlich von Regierungsstellen getrennt und funktionell unabhängig von ihren jeweiligen Regierungen und anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen sind.***

Or. en

**Änderungsantrag 1922**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 39 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen einholen oder entgegennehmen.** *entfällt*

Or. fr

**Änderungsantrag 1923  
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 39 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen.** *entfällt*

Or. fr

**Änderungsantrag 1924  
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 39 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der** *(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der*



Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen.

Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen. ***Zu diesem Zweck führen die Koordinatoren für digitale Dienste in einem Bericht Protokoll über die von ihnen wahrgenommenen Aufgaben und Befugnisse, veröffentlichen diesen gemäß Artikel 67 dieser Verordnung im Informationsaustauschsystem und legen ihn dem Europäischen Parlament vor.***

Or. en

#### **Änderungsantrag 1925**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen ***Verfassungsrecht*** nicht entgegen.

##### *Geänderter Text*

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen ***Recht*** nicht entgegen.

Or. en

#### **Änderungsantrag 1926**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Karen**

Melchior

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV dieser Verordnung **liegt** bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

*Geänderter Text*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV dieser Verordnung **und die endgültige rechtliche Zuständigkeit für Streitigkeiten über nach Maßgabe von den Artikeln 8 und 9 erlassene Anordnungen liegen** bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Or. en

*Begründung*

*Es muss klar sein, bei wem die endgültige rechtliche Zuständigkeit für Streitigkeiten zwischen einer Behörde und einem Anbieter nach Maßgabe von den Artikeln 8 und 9 liegt. Aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters und unter Berücksichtigung des Herkunftslandprinzips sollte diese Zuständigkeit bei den Niederlassungsmitgliedstaaten liegen.*

**Änderungsantrag 1927**

**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **der** Kapitel III **und IV dieser Verordnung** liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

*Geänderter Text*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **von** Kapitel III **Abschnitte 1 bis 4 und Kapitel IV** liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Or. en

**Änderungsantrag 1928**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-**

Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Abweichend von Absatz 1 liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 22, 22a und 22b dieser Verordnung bei dem Mitgliedstaat, in dem die Verbraucher ansässig sind, und die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 8 und 9 dieser Verordnung liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die die Anordnung erlassende Behörde ihren Sitz hat.**

Or. en

**Änderungsantrag 1929**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Der Mitgliedstaat, in dem das den Diensteanbieter betreffende Ereignis eintritt oder in dem die natürliche oder juristische Person ansässig ist, die den Dienst nutzt, ist auch für die Zwecke der Kapitel III und IV dieser Verordnung zuständig.**

Or. fr

**Änderungsantrag 1930**  
**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke von Kapitel III Abschnitt 3 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die Verbraucher ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.**

Or. en

### **Änderungsantrag 1931**

**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1b) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 8 und 9 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die die Anordnung erlassende Behörde ihren Sitz hat.**

Or. en

### **Änderungsantrag 1932**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten und **stellt** sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten. **Beschließen mehrere Mitgliedstaaten, ihre Zuständigkeit gegenüber demselben**

*Anbieter auszuüben, so koordinieren sie gegebenenfalls ihre Maßnahmen über das Gremium und stellen sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.*

Or. fr

### **Änderungsantrag 1933**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 40 – Absatz 3**

#### *Vorschlag der Kommission*

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle *anderen Mitgliedstaaten* und stellt sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

#### *Geänderter Text*

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle *Koordinatoren für digitale Dienste* und stellt sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

Or. en

#### *Begründung*

*Hier wird klargestellt, welche Stelle unterrichtet werden muss.*

### **Änderungsantrag 1934**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri,**

**Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

im Namen der ID-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 40 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten **und stellt sicher**, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

*Geänderter Text*

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten, **um sicherzustellen**, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

Or. en

**Änderungsantrag 1935**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 40 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Absatz 3 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt und die keine sehr großen Online-Plattformen sind. Es gilt, dass diese Unternehmen der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaats unterliegen, in dem ihre Kontaktstelle ansässig oder niedergelassen ist. Ist in keinem Mitgliedstaat eine Kontaktstelle ansässig oder niedergelassen, gilt Absatz 3.**

Or. en

*Begründung*

*Für kleine Anbieter, wie z. B. einer App, wäre es eine Belastung, der Zuständigkeit aller Koordinatoren für digitale Dienste zu unterliegen, wenn nur ein geringes oder gar kein Risiko besteht. Hat ein Anbieter jedoch keine Kontaktstelle, sollte der gesamte Artikel für ihn gelten.*

**Änderungsantrag 1936**  
**Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Kapitel III und IV dieser Verordnung liegt bei dem Mitgliedstaat, wenn Anbieter von Online-Diensten sozialer Netzwerke betroffen sind, die als sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 gelten und die Dienste für eine erhebliche Anzahl aktiver Endnutzer dieses Dienstes in einem bestimmten Mitgliedstaat anbieten, die auf der Grundlage von Artikel 23 Absatz 2 berechnet werden kann.**

Or. en

**Änderungsantrag 1937**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 1938**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen **Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission** nach Abschnitt 3 unberührt.

*Geänderter Text*

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen **die Verfahren für die Überwachung von sehr großen Online-Plattformen** nach Abschnitt 3 unberührt.

Or. en

*Begründung*

*Für sehr große Online-Plattformen wird eine neue europäische Plattformagentur eingerichtet, die die ursprünglich für die Kommission und das Gremium vorgesehenen Aufgaben übernimmt.*

**Änderungsantrag 1939**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

*Geänderter Text*

(4) Die Absätze 1, **1a**, 2 und 3 lassen **Artikel 43 Absatz 2**, Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

Or. en

**Änderungsantrag 1940**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 40 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen

*Geänderter Text*

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen



Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse **des Gremiums und** der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

Or. en

### **Änderungsantrag 1941**

**Marc Angel, Christel Schaldemose, Maria Grapini, Andreas Schieder, Maria-Manuel Leitão-Marques, Evelyne Gebhardt**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 1 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, verfügen die Koordinatoren für digitale Dienste zumindest über folgende Untersuchungsbefugnisse in Bezug auf Verhaltensweisen von Anbietern von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen:

##### *Geänderter Text*

(1) Soweit dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben **im Rahmen dieser Verordnung** erforderlich ist **und um Unterschiede bei der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu vermeiden**, verfügen die Koordinatoren für digitale Dienste zumindest über folgende Untersuchungsbefugnisse in Bezug auf Verhaltensweisen von Anbietern von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen:

Or. en

### **Änderungsantrag 1942**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder

##### *Geänderter Text*

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder

beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen *innerhalb einer angemessenen Frist* übermitteln;

beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen *unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats* übermitteln;

Or. en

#### *Begründung*

*Die DSGVO hat gezeigt, dass es fester Fristen bedarf.*

### **Änderungsantrag 1943**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) die Befugnis, die Verpflichtungszusagen dieser Anbieter in Bezug auf die Einhaltung dieser Verordnung anzunehmen und diese Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären;**

**entfällt**

Or. en

### **Änderungsantrag 1944**

**Geoffroy Didier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**e) die Befugnis, einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.**

**e) die Befugnis, einstweilige Maßnahmen zur *Verfolgung von wiederholten Verstößen gegen die Verpflichtungen aus der Verordnung* oder**

zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

Or. en

### Änderungsantrag 1945

Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Barbara Thaler

#### Vorschlag für eine Verordnung

##### Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

###### *Vorschlag der Kommission*

e) die Befugnis, einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

###### *Geänderter Text*

e) die Befugnis, **unter Achtung der Grundrechte verhältnismäßige** einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

Or. en

### Änderungsantrag 1946

Geoffroy Didier

#### Vorschlag für eine Verordnung

##### Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e a (neu)

###### *Vorschlag der Kommission*

###### *Geänderter Text*

**ea) Für die Zwecke von Buchstabe e umfassen die Befugnisse des Koordinators für digitale Dienste die Möglichkeit, die zuständige Justizbehörde zu ersuchen,**

**i) anzuordnen, dass Inhalte von Online-Schnittstellen entfernt werden, der Zugang zu einer Online-Schnittstelle beschränkt wird oder beim Zugriff auf die Online-Schnittstelle ein ausdrücklicher Warnhinweis an die Verbraucher angezeigt wird,**

**ii) anzuordnen, dass Anbieter von Hosting-Diensten den Zugang zu einer**

*Online-Schnittstelle entfernen, sperren oder beschränken,*

*iii) gegebenenfalls anzuordnen, dass Register oder Registrierungsstellen für Domännennamen einen vollständigen Domännennamen entfernen, und der betreffenden zuständigen Behörde seine Registrierung zu gestatten, auch durch Aufforderung an Dritte oder andere Behörden, solche Maßnahmen durchzuführen, oder*

*iv) andere Maßnahmen anzuordnen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind.*

Or. en

## **Änderungsantrag 1947**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

In Bezug auf Unterabsatz 1 Buchstaben c und d verfügen die Koordinatoren für digitale Dienste auch gegenüber den anderen in Absatz 1 genannten Personen bei Nichtbefolgung von Anordnungen, die ihnen gemäß dem genannten Absatz erteilt wurden, über die in diesen Buchstaben genannten Durchsetzungsbefugnisse. Sie üben diese Durchsetzungsbefugnisse erst aus, nachdem sie diesen anderen Personen rechtzeitig alle einschlägigen Informationen im Zusammenhang mit solchen Anordnungen zur Kenntnis gebracht haben, einschließlich des Geltungszeitraums, der Geldbußen oder Zwangsgelder, die wegen Nichtbefolgung verhängt werden können, und der Rechtsbehelfsmöglichkeiten.

##### *Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

## *Begründung*

*Sprachliche Berichtigung.*

### **Änderungsantrag 1948**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

##### *Geänderter Text*

Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält **oder unablässig wiederholt wird** und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Or. en

## *Begründung*

*Zur Einbeziehung von Zuwiderhandlungen, die vorübergehend eingestellt wurden, jedoch wiederholt vorkommen.*

### **Änderungsantrag 1949**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) vom Leitungsorgan des Anbieters zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

*Geänderter Text*

a) vom Leitungsorgan des Anbieters zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist **von höchstens drei Monaten** die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

Or. en

*Begründung*

*Zur Setzung einer festen Frist, da die DSGVO gezeigt hat, dass ohne diese die Gefahr besteht, dass Verfahren in die Länge gezogen werden.*

**Änderungsantrag 1950**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) vom Leitungsorgan des Anbieters zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

*Geänderter Text*

a) vom Leitungsorgan des Anbieters zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und **innerhalb eines bestimmten Zeitraums** über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

Or. en

**Änderungsantrag 1951**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

*Geänderter Text*

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht ausreichend erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält **oder unablässig wiederholt wird** und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Or. en

*Begründung*

*Zur Einbeziehung von Zuwiderhandlungen, die vorübergehend eingestellt wurden, jedoch wiederholt vorkommen.*

**Änderungsantrag 1952**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten

*Geänderter Text*

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten

Spiegelstrichs nicht **ausreichend** erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Spiegelstrichs nicht erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Or. en

### **Änderungsantrag 1953**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

***Sofern*** der Koordinator für digitale Dienste ***nicht gemäß Artikel 65 auf Verlangen der Kommission tätig wird***, gibt ***er*** vor der Übermittlung der in Unterabsatz 1 Buchstabe b genannten Aufforderung Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei er die beabsichtigten Maßnahmen darlegt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt. Der Anbieter, der Adressat bzw. die Adressaten und jeder andere Dritte, der ein berechtigtes Interesse nachweist, ist bzw. sind berechtigt, an dem Verfahren vor der zuständigen Justizbehörde teilzunehmen. Jede angeordnete Maßnahme muss der Art, Schwere, Wiederholung und Dauer der Zuwiderhandlung angemessen sein, ohne den Zugang der Nutzer des betreffenden

#### *Geänderter Text*

Der Koordinator für digitale Dienste gibt vor der Übermittlung der in Unterabsatz 1 Buchstabe b genannten Aufforderung Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei er die beabsichtigten Maßnahmen darlegt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt. Der Anbieter, der Adressat bzw. die Adressaten und jeder andere Dritte, der ein berechtigtes Interesse nachweist, ist bzw. sind berechtigt, an dem Verfahren vor der zuständigen Justizbehörde teilzunehmen. Jede angeordnete Maßnahme muss der Art, Schwere, Wiederholung und Dauer der Zuwiderhandlung angemessen sein, ohne den Zugang der Nutzer des betreffenden Dienstes zu rechtmäßigen Informationen



Dienstes zu rechtmäßigen Informationen  
ungebührlich einzuschränken.

ungebührlich einzuschränken.

Or. en

### *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

### **Änderungsantrag 1954**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 41 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Auf ein an die Kommission gerichtetes Ersuchen und bei einer Zuwiderhandlung, die andauert oder einen schwerwiegenden Schaden für die Nutzer verursachen oder deren Grundrechte erheblich beeinträchtigen könnte, kann der Koordinator für digitale Dienste des Bestimmungslands im Rahmen der gemeinsamen Untersuchungen nach Artikel 46 mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet werden.**

Or. en

### **Änderungsantrag 1955**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 41 – Absatz 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(6a) Die Kommission veröffentlicht spätestens am [sechs Monate nach der Annahme] Leitlinien für die Befugnisse**

*und Verfahren der Koordinatoren für digitale Dienste. Die Mitgliedstaaten müssen diese Leitlinien befolgen oder sich andernfalls vor der Kommission rechtfertigen.*

Or. en

*Begründung*

*Die Mitgliedstaaten können ihre Stellen zwar nach Belieben strukturieren. Für die Koordinatoren für digitale Dienste hingegen ist es wichtig, möglichst einheitlich vorzugehen. So wissen die Anbieter nicht nur, was sie erwarten können, sondern es kommt auch zu weniger Meinungsverschiedenheiten und Missverständnissen zwischen den Koordinatoren für digitale Dienste.*

**Änderungsantrag 1956**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 42 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

*Geänderter Text*

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission **und dem Gremium** diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Or. fr

**Änderungsantrag 1957**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 42 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die

bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **6 %** der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen **1 %** der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **10 %** der **weltweiten** Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen **2 %** der **weltweiten** Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Or. en

### *Begründung*

*1) Präzisierung des Verweises auf den Umsatz. 2) Die Geldbußen haben sich als zu mild erwiesen. Sehr große Online-Plattformen betrachten sie als Betriebskosten. Nachdem die Federal Trade Commission Facebook eine Geldbuße in der Rekordhöhe von 5. Mrd. USD auferlegt hatte, stieg der Aktienkurs des Unternehmens.*

## **Änderungsantrag 1958** **Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 42 – Absatz 3**

#### *Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **6 %** der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für

#### *Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **6 %** der Jahreseinnahmen oder des **jährlich weltweit erzielten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger

die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des **jährlich weltweit erzielten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Or. fr

**Änderungsantrag 1959**  
**Barbara Thaler**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 42 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **6 %** der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, **2 %** der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Or. en

**Änderungsantrag 1960**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 42 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds **5 %** des durchschnittlichen Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

*Geänderter Text*

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds **10 %** des durchschnittlichen **weltweiten** Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Or. en

*Begründung*

*1) Präzisierung des Verweises auf den Umsatz. 2) Die Geldbußen haben sich als zu mild erwiesen. Sehr große Online-Plattformen betrachten sie als Betriebskosten. Nachdem die Federal Trade Commission Facebook eine Geldbuße in der Rekordhöhe von 5. Mrd. USD auferlegt hatte, stieg der Aktienkurs des Unternehmens.*

**Änderungsantrag 1961**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 42 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds **5 %** des durchschnittlichen Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

*Geänderter Text*

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds **5 %** des durchschnittlichen **weltweit erzielten** Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Or. fr

**Änderungsantrag 1962**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 42 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Verwaltungs- oder Justizbehörden, die Anordnungen nach Artikel 8 und 9 erlassen, nur im Einklang mit diesem Artikel Sanktionen oder Geldbußen verhängen.**

Or. en

*Begründung*

*Da die Sanktionen und Geldbußen in der Verordnung festgelegt sind, wäre es nicht angemessen, unabhängigen Behörden die Verhängung zusätzlicher Geldbußen zu gestatten, die über die in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften hinausgehen.*

**Änderungsantrag 1963**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 42 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 42a**

**Allgemeine Bedingungen für die  
Verhängung von Sanktionen**

**(1) Bevor Sanktionen nach Artikel 42 verhängt werden, wird bei der Entscheidung über die Verhängung einer Sanktion und über deren Betrag in jedem Einzelfall Folgendes gebührend berücksichtigt:**

**a) Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung sowie der Zahl der von der Verarbeitung betroffenen Nutzer und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens;**

**b) Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes;**

**c) jegliche von dem Anbieter**

**getroffene Maßnahmen zur Minderung des durch den Verstoß entstandenen Schadens;**

**d) Grad der Verantwortung des Anbieters unter Berücksichtigung aller anderen beteiligten Anbieter;**

**e) etwaige einschlägige frühere Verstöße des Anbieters;**

**f) Umfang der Zusammenarbeit mit dem Koordinator bzw. den Koordinatoren für digitale Dienste, um dem Verstoß abzuhelpfen und seine möglichen nachteiligen Auswirkungen zu mindern;**

**g) Art und Weise, wie der Verstoß der zuständigen Behörde bekannt wurde;**

**h) Einhaltung der früher gegen den betreffenden Anbieter in Bezug auf denselben Gegenstand angeordneten Maßnahmen, wenn solche Maßnahmen angeordnet wurden;**

**i) Einhaltung von genehmigten Verhaltenskodizes nach Artikel 35 und 36; und**

**k) jegliche anderen erschwerenden oder mildernden Umstände im jeweiligen Fall, wie unmittelbar oder mittelbar durch den Verstoß erlangte finanzielle Vorteile oder vermiedene Verluste.**

**(2) Verstößt ein Anbieter gegen mehrere Bestimmungen dieser Verordnung, so übersteigt der Gesamtbetrag der Sanktion nicht den Betrag nach Artikel 42 Absatz 3.**

**(3) Die Ausübung der eigenen Befugnisse durch einen Mitgliedstaat gemäß diesem Artikel und Artikel 42 muss angemessenen Verfahrensgarantien gemäß dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten, einschließlich wirksamer gerichtlicher Rechtsbehelfe und ordnungsgemäßer Verfahren, unterliegen.**

Or. en

## *Begründung*

*Dieselben Vorschriften wie im Rahmen der DSGVO. Bevor über Sanktionen oder Geldbußen entschieden wird, sollten die einzelnen Gegebenheiten des Falls berücksichtigt werden. Dies sollte festgelegt werden, um sicherzustellen, dass in allen Fällen dieselben Standards gelten.*

### **Änderungsantrag 1964**

**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 42 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

##### **Artikel 42a**

***Im Einklang mit der bedingten Haftungsbefreiung gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Sanktion für wiederholte Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dieser Verordnung den horizontalen Verlust der Haftungsbefreiung für den Anbieter von Vermittlungsdiensten einschließt.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1965**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 43 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls

Die Nutzer **sowie Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen gemäß Artikel 68, die unabhängig vom Auftrag eines Nutzers handeln**, haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer



an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls **unverzüglich** an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie **unverzüglich** an diese Behörde weiter. **Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit der Agentur, so leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie unverzüglich an die Agentur weiter.**

Or. en

### *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen in Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen, und Klarstellung, dass die Übermittlungen zügig erfolgen müssen. Angeregt durch die schlechten Erfahrungen mit der langsamen Bearbeitung von Beschwerden im Rahmen der DSGVO.*

## **Änderungsantrag 1966** **Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 43 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. **Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem**

#### *Geänderter Text*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer **gemäß Artikel 40 Absatz 2** ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen.

*Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.*

Or. fr

**Änderungsantrag 1967**  
**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 43 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

*Geänderter Text*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. ***Zur Prüfung der Beschwerde kann zusätzlich eine Stellungnahme des Koordinators für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, zur Frage, wie die Angelegenheit unter Berücksichtigung des nationalen Rechts und des soziokulturellen Kontexts des jeweiligen Mitgliedstaats bewertet werden sollte, herangezogen werden.*** Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. en

**Änderungsantrag 1968**  
**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 43 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

*Geänderter Text*

Die Nutzer **sowie andere Parteien, die ein berechtigtes Interesse haben und die einschlägigen Kriterien in Bezug auf das Fachwissen und die Unabhängigkeit von Anbietern von Online-Hosting-Diensten oder Plattformen erfüllen**, haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. en

**Änderungsantrag 1969**  
**Karen Melchior, Anna Júlia Donáth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 43 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am

*Geänderter Text*

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, **oder – im Fall sehr großer Online-Plattformen – bei der Kommission** Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die

Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **oder – im Fall sehr großer Online-Plattformen – an die Kommission** weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Or. en

### **Änderungsantrag 1970**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort prüft die Angelegenheit gemäß Absatz 1 dieses Artikels in den Fällen, in denen die Beschwerde vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, weitergeleitet wurde, zeitnah und setzt den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, davon in Kenntnis, wie die Beschwerde behandelt wurde.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1971**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Nutzer oder ihre Vertreter, die die Beschwerde eingereicht haben, sollten das Recht haben, in dem von der zuständigen Behörde durchgeführten Verfahren angehört zu werden und sollten vom Koordinator für digitale Dienste, der ihren Anspruch prüft, über jede Phase des Verfahrens informiert werden. Sie erhalten innerhalb von drei Monaten nach Einreichung ihrer Beschwerde eine Antwort vom Koordinator für digitale Dienste.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1972**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Wenn die Beschwerde einen mutmaßlichen Schaden für die Nutzer betrifft, liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Beschwerde bei dem Mitgliedstaat, in dem der Nutzer ansässig ist.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1973**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 43 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Eine Entscheidung über die Beschwerde wird unverzüglich und spätestens innerhalb von sechs Monaten getroffen.***

Or. en

**Änderungsantrag 1974**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 43 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Artikel 43a***

***Recht auf einen wirksamen gerichtlichen  
Rechtsbehelf***

***(1) Jeder Nutzer oder jede Vertretungsorganisation hat unbeschadet eines verfügbaren verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf, wenn er oder sie aufgrund einer Zuwiderhandlung gegen Artikel 26 Absatz 1 und Artikel 27 Absatz 1 einen Schaden erlitten hat.***

***(2) Bei der Feststellung, ob eine sehr große Online-Plattform ihre Verpflichtungen nach Maßgabe von Artikel 27 Absatz 1 erfüllt hat, und in Anbetracht des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wird der Verfügbarkeit von geeigneten und wirksamen Maßnahmen Rechnung getragen.***

***(3) Diese Verfahren können den Gerichten des Mitgliedstaats unterbreitet werden, in dem der Nutzer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.***

***(4) Jeder Nutzer oder jede Vertretungsorganisation hat unbeschadet eines anderweitigen***

*verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf, wenn sich der gemäß den Artikeln 40 und 43 zuständige Koordinator für digitale Dienste nicht mit der Beschwerde befasst oder den Nutzer nicht innerhalb von drei Monaten über den Stand oder das Ergebnis der gemäß Artikel 43 erhobenen Beschwerde in Kenntnis setzt.*

*Verfahren gegen einen Koordinator für digitale Dienste nach Maßgabe von Absatz 4 werden den Gerichten des Mitgliedstaats unterbreitet, in dem der Koordinator für digitale Dienste niedergelassen ist.*

Or. en

## **Änderungsantrag 1975**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 44 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit zugänglich und übermitteln sie der **Kommission und dem Gremium**.

##### *Geänderter Text*

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen **klaren und ausführlichen** Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit **in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format** zugänglich und übermitteln sie der **Agentur**.

Or. en

## **Änderungsantrag 1976**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen **illegale** Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

*Geänderter Text*

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen **rechtswidrige** Inhalte und der Auskunftsanordnungen – **einschließlich mindestens Angaben zum Namen der erlassenden Behörde, zum Namen des Anbieters und zu der Art der in der Anordnung angegebenen Maßnahme** –, die gemäß den Artikeln 8, **8a** und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Or. en

**Änderungsantrag 1977**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. fr

**Änderungsantrag 1978**  
**Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**ba) die erfüllten Bedingungen zur Rechtfertigung von Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen, die von der Binnenmarktklausel gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG abweichen.**

Or. en

*Begründung*

*Verhinderung einer Fragmentierung des Binnenmarktes.*

**Änderungsantrag 1979**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**ba) die Zahl der Einsprüche, die von Anbietern von Vermittlungsdiensten oder Nutzern gegen diese Anordnungen erhoben wurden, sowie das Ergebnis der Einsprüche;**

Or. en

**Änderungsantrag 1980**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**bb) im Fall strafrechtlicher Verstöße die Zahl der Anordnungen, die zu**

*Ermittlungen und einer strafrechtlichen Verfolgung der betreffenden Straftaten geführt haben.*

Or. en

**Änderungsantrag 1981**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 44 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(2a) Auf der Grundlage der von den Koordinatoren für digitale Dienste veröffentlichten Informationen übermittelt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat alle zwei Jahre einen separaten Bericht, in dem sie die aggregierten Daten zu den von den Koordinatoren für digitale Dienste gemäß den Artikeln 8, 8a und 9 erlassenen Anordnungen analysiert, wobei sie besonderes Augenmerk auf einen etwaigen missbräuchlichen Rückgriff auf diese Artikel richtet. Der Bericht enthält einen umfassenden Überblick über die Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte und räumt für einen bestimmten Zeitraum die Möglichkeit ein, die Aktivitäten der Koordinatoren für digitale Dienste zu beurteilen.*

Or. en

**Änderungsantrag 1982**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 44 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, in denen sie Muster für Form, Inhalt und sonstige Einzelheiten der Berichte nach Absatz 1 festlegt. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 genannten Beratungsverfahren erlassen.**

Or. en

### **Änderungsantrag 1983**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Hat ein Koordinator für digitale Dienste Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der nicht der rechtlichen Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats unterliegt, gegen diese Verordnung verstoßen hat, fordert er den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Hat ein Koordinator für digitale Dienste Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der nicht der rechtlichen Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats unterliegt **und nicht unter die in Abschnitt 3 dargelegten Verfahren fällt**, gegen diese Verordnung verstoßen hat, fordert er den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

### *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 1984**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Hat **das Gremium** Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, kann **es** dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

*Geänderter Text*

Hat **die Agentur** Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, kann **sie** dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 1985**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, **kann es dem** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen,

*Geänderter Text*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, **fordert es den** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **auf**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen,

um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

### **Änderungsantrag 1986**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, **kann es dem** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

##### *Geänderter Text*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, **fordert es den** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **auf**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

### **Änderungsantrag 1987**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoş, Claudia Gamon, Morten Lökkegaard, Svenja Hahn**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens **drei** Mitgliedstaaten betrifft, kann es dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die Angelegenheit zu prüfen und die

##### *Geänderter Text*

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die mindestens **vier** Mitgliedstaaten betrifft, kann es dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die Angelegenheit zu prüfen und die

erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

### *Begründung*

*Derartige Entscheidungen sollten sich auf eine möglichst breite Grundlage von Mitgliedstaaten stützen, daher wäre vier statt drei die richtige Anzahl.*

### **Änderungsantrag 1988**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 a (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

***(1a) Eine Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 dieses Artikels schließt nicht aus, dass der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, eine eigene Untersuchung in Bezug auf einen mutmaßlichen Verstoß gegen diese Verordnung durch einen Anbieter eines Vermittlungsdienstes durchführen kann.***

Or. en

### **Änderungsantrag 1989**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 2 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

**(2) Eine Aufforderung *oder Empfehlung* gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:**

**(2) Eine Aufforderung gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:**

**Änderungsantrag 1990**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Eine Aufforderung *oder Empfehlung* gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:

*Geänderter Text*

(2) Eine Aufforderung gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:

**Änderungsantrag 1991**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) eine Beschreibung der einschlägigen Fakten, die betreffenden Bestimmungen dieser Verordnung und die Gründe, aus denen der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder *das Gremium* vermutet, dass der Anbieter gegen diese Verordnung verstoßen hat;

*Geänderter Text*

b) eine Beschreibung der einschlägigen Fakten, die betreffenden Bestimmungen dieser Verordnung und die Gründe, aus denen der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder *die Agentur* vermutet, dass der Anbieter gegen diese Verordnung verstoßen hat;

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 1992**  
**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) alle sonstigen Informationen, die der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder **das Gremium** für relevant hält, gegebenenfalls einschließlich Informationen, die auf eigene Initiative zusammengetragen wurden, oder Vorschläge für spezifische Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen, einschließlich einstweiliger Maßnahmen.

*Geänderter Text*

c) alle sonstigen Informationen, die der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder **die Agentur** für relevant hält, gegebenenfalls einschließlich Informationen, die auf eigene Initiative zusammengetragen wurden, oder Vorschläge für spezifische Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen, einschließlich einstweiliger Maßnahmen.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 1993**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Lökkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Eine Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 wird zeitgleich mit der Mitteilung an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auch an die Kommission übermittelt. Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass die Aufforderung oder Empfehlung unbegründet ist, oder sie gerade in Bezug auf denselben Sachverhalt Maßnahmen ergreift, kann sie fordern, dass die Aufforderung oder Empfehlung zurückgezogen wird.***



*Begründung*

*Um Maßnahmen zu verhindern, die möglicherweise nicht mit dieser Verordnung oder anderen Rechtsakten der Union im Einklang stehen, und mögliche doppelte Anstrengungen zu vermeiden, sollte die Kommission die Befugnis haben, die Aussetzung einer Aufforderung oder Empfehlung zu fordern.*

**Änderungsantrag 1994**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 45 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission**Geänderter Text*

**(2a) Eine Empfehlung gemäß den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels kann zusätzlich durch Folgendes ergänzt werden:**

**a) eine Stellungnahme zu Fragen, bei denen das nationale Recht und der soziokulturelle Kontext zu berücksichtigen sind, und**

**b) einen Beschlussentwurf auf der Grundlage einer Prüfung gemäß Absatz 1a dieses Artikels.**

**Änderungsantrag 1995**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 45 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission**Geänderter Text*

**(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung *oder Empfehlung* gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. *Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung***

**(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. *Enthält die Aufforderung nicht die in Absatz 2 Buchstaben a und b genannten Elemente, so kann er diese Informationen einmal***

***Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen könnte***, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Or. en

### **Änderungsantrag 1996**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung ***oder Empfehlung*** gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, ***oder*** das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen ***könnte***, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

##### *Geänderter Text*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung ***und prüft die Angelegenheit im Hinblick auf die Ergreifung besonderer Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen, damit unverzüglich für die Einhaltung der Vorschriften gesorgt ist***. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, ***und*** das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen ***könnten***, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Or. en

### **Änderungsantrag 1997 Alexandra Geese**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder *das Gremium* zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

*Geänderter Text*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder *die Agentur* zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 1998**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 45 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen

*Geänderter Text*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen

Zu widerhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Zu widerhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, **und übermittelt ihm eine Begründung, falls er sich im Anschluss an seine Untersuchung dafür entscheidet, keine Maßnahmen zu ergreifen.**

Or. en

## **Änderungsantrag 1999**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 4**

##### *Vorschlag der Kommission*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder **dem Gremium** unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zu widerhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

##### *Geänderter Text*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder **der Agentur** unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zu widerhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

## *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

### **Änderungsantrag 2000**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 45 – Absatz 4**

###### *Vorschlag der Kommission*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens **zwei Monate** nach Eingang der Aufforderung **oder der Empfehlung**, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

###### *Geänderter Text*

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens **einen Monat** nach Eingang der Aufforderung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Or. en

### **Änderungsantrag 2001**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 45 – Absatz 5**

###### *Vorschlag der Kommission*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, **oder gegebenenfalls das Gremium** innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der

###### *Geänderter Text*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für

Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er **die Kommission** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er **das Gremium** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung. **Das Gremium erneuert die in Absatz 1 genannte Aufforderung an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bewertet die Aufforderung und übermittelt seine Antwort gemäß den in den Absätzen 3 und 4 genannten Bedingungen.**

**Hat das Gremium entweder eine Aufforderung gestellt, die mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, oder eine Aufforderung gemäß dem ersten Unterabsatz gestellt und innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten, oder stimmt es der Einschätzung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so erlässt es einen Beschluss und erteilt der Kommission Anweisungen, die sich aus diesem Beschluss ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.**

Or. fr

## **Änderungsantrag 2002**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 5**

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium

#### *Geänderter Text*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium

innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung **oder Empfehlung**, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission **und die Koordinatoren für digitale Dienste** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Or. en

### **Änderungsantrag 2003**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 5**

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls **das Gremium** innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die **Kommission** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

#### *Geänderter Text*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls **die Agentur** innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die **Agentur** unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Or. en

## Begründung

*Angeleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

### Änderungsantrag 2004

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### Vorschlag für eine Verordnung

##### Artikel 45 – Absatz 5

###### *Vorschlag der Kommission*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder **gegebenenfalls** das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

###### *Geänderter Text*

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung oder Empfehlung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Or. en

### Änderungsantrag 2005

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

#### Vorschlag für eine Verordnung

##### Artikel 45 – Absatz 6

###### *Vorschlag der Kommission*

(6) Die Kommission **gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium –**

###### *Geänderter Text*

(6) Die Kommission **führt die** gemäß Absatz 5 **erhaltenen Anweisungen unverzüglich aus.**



*sofern sie nicht vom diesem selbst mit der  
Angelegenheit befasst wurde – konsultiert  
hat.*

Or. fr

### **Änderungsantrag 2006**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 6**

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) Die Kommission gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium – sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – konsultiert hat.

##### *Geänderter Text*

(6) Die Kommission gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 ***gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste*** eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium – sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – konsultiert hat.

Or. en

### **Änderungsantrag 2007**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 6**

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) Die ***Kommission*** gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort ***und das Gremium*** – ***sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde*** – konsultiert

##### *Geänderter Text*

(6) Die ***Agentur*** gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort konsultiert hat.

hat.

Or. en

### *Begründung*

*Angeleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

#### **Änderungsantrag 2008**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 6**

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) **Die** Kommission gibt innerhalb von **drei** Monaten nach **ihrer** Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem **sie den** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **und das Gremium – sofern** sie nicht **vom** diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – **konsultiert hat**.

##### *Geänderter Text*

(6) **Das Gremium oder die** Kommission gibt innerhalb von **zwei** Monaten nach **der** Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem **der** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **konsultiert wurde, sofern es bzw.** sie nicht **von** diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde.

Or. en

#### **Änderungsantrag 2009**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 7**

##### *Vorschlag der Kommission*

(7) **Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

*Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.*

Or. fr

## Änderungsantrag 2010

Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7

#### *Vorschlag der Kommission*

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für **den digitalen Dienst** am Niederlassungsort auf, **die Angelegenheit weiter zu prüfen und** die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

#### *Geänderter Text*

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 **gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste** zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für **digitale Dienste** am Niederlassungsort auf, die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

***Kommt der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort der Aufforderung, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, vor Ablauf des Zeitraums von zwei Monaten nicht nach, befasst die Kommission unverzüglich den Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung eingeleitet hat, wieder mit der Angelegenheit.***

Or. en

## Änderungsantrag 2011

Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 45 – Absatz 7

##### *Vorschlag der Kommission*

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

##### *Geänderter Text*

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. ***Diese Informationen werden auch an den Koordinator für digitale Dienste oder das Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt.***

Or. en

## Änderungsantrag 2012

Alexandra Geese

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 45 – Absatz 7

##### *Vorschlag der Kommission*

(7) Gelangt die **Kommission** gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert

##### *Geänderter Text*

(7) Gelangt die **Agentur** gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert

sie den Koordinator für **den digitalen Dienst** am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

sie den Koordinator für **digitale Dienste** am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Or. en

### *Begründung*

*Angeleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

## **Änderungsantrag 2013**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 45 – Absatz 7**

#### *Vorschlag der Kommission*

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für **den digitalen Dienst** am Niederlassungsort auf, die **Angelegenheit weiter zu prüfen und die** erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von **zwei Monaten** nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

#### *Geänderter Text*

(7) Gelangt die Kommission **oder das Gremium** gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie **bzw. es** den Koordinator für **digitale Dienste** am Niederlassungsort auf, die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie **bzw. es** innerhalb von **einem Monat** nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Or. en

## **Änderungsantrag 2014**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-**

Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 46 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge  
auf ein Eingreifen der Kommission

Gemeinsame Untersuchungen,  
**Zusammenarbeit der Koordinatoren für  
digitale Dienste** und Anträge auf ein  
Eingreifen der Kommission

Or. en

**Änderungsantrag 2015**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 46 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge  
auf ein Eingreifen der Kommission

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge  
auf ein Eingreifen der Kommission **oder  
des Gremiums**

Or. en

**Änderungsantrag 2016**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 46 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge  
auf ein Eingreifen der **Kommission**

Gemeinsame Untersuchungen und Anträge  
auf ein Eingreifen der **Agentur**

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die*

*Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

### **Änderungsantrag 2017**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Karen Melchior**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 46 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

In unter diese Verordnung fallenden Angelegenheiten, die in mehreren Mitgliedstaaten tätige Anbieter von Vermittlungsdiensten betreffen, können sich die Koordinatoren für digitale Dienste an gemeinsamen Untersuchungen beteiligen, die gegebenenfalls mit Unterstützung des Gremiums koordiniert werden.

##### *Geänderter Text*

In unter diese Verordnung fallenden Angelegenheiten, die in mehreren Mitgliedstaaten tätige Anbieter von Vermittlungsdiensten betreffen, können sich die Koordinatoren für digitale Dienste an gemeinsamen Untersuchungen beteiligen, die gegebenenfalls mit Unterstützung des Gremiums koordiniert werden. ***Derartige gemeinsame Untersuchungen werden unter der Aufsicht des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort des untersuchten Anbieters durchgeführt.***

Or. en

##### *Begründung*

*Bei gemeinsamen Untersuchungen ist es wichtig, dass es eine einheitliche Stelle gibt, die die Organisation und die Zuständigkeit für diese Untersuchungen übernimmt. Aufgrund der Verwaltungsstruktur wäre es sinnvoll, wenn es sich bei dieser Stelle um den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort des untersuchten Anbieters handeln würde, insbesondere da wahrscheinlich eine physische Untersuchung auf dessen Gebiet durchgeführt wird.*

### **Änderungsantrag 2018**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 46 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

In unter diese Verordnung fallenden Angelegenheiten, die in mehreren Mitgliedstaaten tätige Anbieter von Vermittlungsdiensten betreffen, können sich die Koordinatoren für digitale Dienste an gemeinsamen Untersuchungen beteiligen, die gegebenenfalls mit Unterstützung *des Gremiums* koordiniert werden.

*Geänderter Text*

In unter diese Verordnung fallenden Angelegenheiten, die in mehreren Mitgliedstaaten tätige Anbieter von Vermittlungsdiensten betreffen, können sich die Koordinatoren für digitale Dienste an gemeinsamen Untersuchungen beteiligen, die gegebenenfalls mit Unterstützung *der Agentur* koordiniert werden.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

**Änderungsantrag 2019**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 46 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Diese gemeinsamen Untersuchungen berühren nicht die Aufgaben und Befugnisse der beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste und die Anforderungen, die für die Wahrnehmung dieser Aufgaben und die Ausübung dieser Befugnisse gemäß dieser Verordnung gelten. Die beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste stellen die Ergebnisse der gemeinsamen Untersuchungen anderen Koordinatoren für digitale Dienste, *der Kommission* und *dem Gremium* über das in Artikel 67 vorgesehene System zur Verfügung, damit diese ihren jeweiligen Aufgaben gemäß dieser Verordnung nachkommen können.

*Geänderter Text*

Diese gemeinsamen Untersuchungen berühren nicht die Aufgaben und Befugnisse der beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste und die Anforderungen, die für die Wahrnehmung dieser Aufgaben und die Ausübung dieser Befugnisse gemäß dieser Verordnung gelten. Die beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste stellen die Ergebnisse der gemeinsamen Untersuchungen anderen Koordinatoren für digitale Dienste und *der Agentur* über das in Artikel 67 vorgesehene System zur Verfügung, damit diese ihren jeweiligen Aufgaben gemäß dieser Verordnung nachkommen können.

Or. en



## *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

### **Änderungsantrag 2020**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 46 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1a) Ist der Koordinator für digitale Dienste des Bestimmungslands der Auffassung, dass eine mutmaßliche Zuwiderhandlung vorliegt und einen schwerwiegenden Schaden für zahlreiche Nutzer in dem Mitgliedstaat verursacht oder deren Grundrechte erheblich beeinträchtigen könnte, kann er die Kommission auffordern, gemeinsame Untersuchungen des Koordinators für digitale Dienste des Niederlassungslands und des ersuchenden Koordinators für digitale Dienste des Bestimmungslands einzuleiten.***

Or. en

### **Änderungsantrag 2021**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 46 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1b) Die Kommission prüft dieses Ersuchen gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste und leitet nach einer befürwortenden Stellungnahme des Gremiums eine gemeinsame Untersuchung ein, bei der***

*der Koordinator für digitale Dienste des Bestimmungslands mit den folgenden zusätzlichen Befugnissen hinsichtlich des von der mutmaßlichen Zuwiderhandlung betroffenen Anbieters des Vermittlungsdiensts ausgestattet werden kann:*

*a) Zugang zur vertraulichen Fassung der vom Anbieter des Vermittlungsdiensts gemäß Artikel 13 sowie gegebenenfalls gemäß den Artikeln 23 und 24 veröffentlichten Berichte sowie zu den anderen Jahresberichten zu erhalten, die von den anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 44 erstellt wurden,*

*b) Zugang zu den Daten zu erhalten, die der Koordinator für digitale Dienste des Niederlassungslands für die Zwecke der Beaufsichtigung dieses Anbieters auf dem Gebiet des Koordinators für digitale Dienste des Bestimmungslands erhoben hat,*

*c) Verfahren einzuleiten und die Angelegenheit im Hinblick auf die Ergreifung besonderer Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu prüfen, damit für die Einhaltung der Vorschriften gesorgt ist, sofern die mutmaßliche Schwere der Zuwiderhandlung eine unmittelbare Reaktion erforderlich machen würde, sodass die Bestimmungen von Artikel 45 nicht zur Anwendung kommen könnten, und*

*d) um einstweilige Maßnahmen nach Maßgabe von Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe e zu ersuchen.*

Or. en

**Änderungsantrag 2022**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 46 – Absatz 1 c (neu)**

**(1c) Die Kommission legt im Rahmen ihres Beschlusses zur Einleitung der gemeinsamen Untersuchung einen Termin fest, bis zu dem sich der Koordinator für digitale Dienste des Niederlassungslands und der Koordinator für digitale Dienste, der das Ersuchen nach Absatz 2 gestellt hat, auf einen gemeinsamen Standpunkt zu der gemeinsamen Untersuchung und erforderlichenfalls zu den zu ergreifenden Durchsetzungsmaßnahmen einigen. Wird bis zu diesem Termin keine Einigung erzielt, wird die Kommission nach Maßgabe von Artikel 45 Absatz 5 mit der Angelegenheit befasst.**

Or. en

## Änderungsantrag 2023

Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 46 – Absatz 2

(2) **Hat** ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, **kann er** beantragen, dass die Kommission die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen die Kommission ersucht wird, einzugreifen.

(2) **Haben** ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **oder die Koordinatoren für digitale Dienste von mindestens drei Mitgliedstaaten** Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, **können sie entweder** beantragen, dass die Kommission **oder das Gremium** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, **oder eine gemeinsame Untersuchung einleiten**, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen die Kommission **oder das Gremium**

ersucht wird, einzugreifen.

Or. en

**Änderungsantrag 2024**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 46 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, kann er beantragen, dass **die Kommission** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, **aus denen die Kommission ersucht wird, einzugreifen.**

*Geänderter Text*

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, kann er beantragen, dass **das Gremium** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe **für das Interventionsersuchen darlegen, über das das Gremium durch Abstimmung entscheidet und dessen Schlussfolgerungen es der Kommission übermittelt.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2025**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 46 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung

*Geänderter Text*

(2) Hat ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung

verstoßen hat, kann er beantragen, dass die **Kommission** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen die **Kommission** ersucht wird, einzugreifen.

verstoßen hat, kann er beantragen, dass die **Agentur** die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß Abschnitt 3 sicherzustellen. Ein solcher Antrag muss alle in Artikel 45 Absatz 2 aufgeführten Informationen enthalten und die Gründe darlegen, aus denen die **Agentur** ersucht wird, einzugreifen.

Or. en

### *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Abschnitt 3, insbesondere die Einrichtung einer Agentur für sehr große Online-Plattformen.*

#### **Änderungsantrag 2026**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 47 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Europäisches Gremium für digitale Dienste***

***Europäische Plattformagentur***

Or. en

#### **Änderungsantrag 2027**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 47 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Europäisches Gremium für digitale Dienste***

***Europäische Plattformagentur***

**Änderungsantrag 2028**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) *Es wird eine unabhängige Beratergruppe der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet.*

*Geänderter Text*

(1) *Um die einheitliche Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen, wird das „Europäische Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) als Einrichtung der Union eingerichtet. Das Gremium besitzt Rechtspersönlichkeit. Das Gremium handelt bei der Erfüllung seiner Aufgaben und der Ausübung seiner Befugnisse unabhängig. Das Gremium wird durch seinen Vorsitzenden vertreten.*

**Änderungsantrag 2029**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Es wird *eine unabhängige Beratergruppe der* Koordinatoren für digitale Dienste *für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten* mit der Bezeichnung „*Europäisches Gremium* für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) *eingrichtet.*

*Geänderter Text*

(1) Es wird *ein aus den* Koordinatoren für digitale Dienste *bestehendes Gremium* mit der Bezeichnung „*Europäischer Ausschuss* für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) *eingesetzt.*

**Änderungsantrag 2030**  
**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Es wird eine unabhängige Beratergruppe der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet.

*Geänderter Text*

(1) Es wird eine unabhängige Beratergruppe der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet, **die Rechtspersönlichkeit besitzt.**

Or. en

*Begründung*

*Die meisten ähnlichen Gremien, einschließlich der in der DSGVO genannten, besitzen Rechtspersönlichkeit. Aufgrund der Bedeutung der Entscheidungen, die hier getroffen werden, sollte dies auch hier der Fall sein.*

**Änderungsantrag 2031**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Es wird **eine unabhängige Beratergruppe der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten** mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden **das „Gremium“**) eingerichtet.

*Geänderter Text*

(1) Es wird **ein unabhängiges Aufsichtsgremium für Anbieter sehr großer Online-Plattformen** mit der Bezeichnung „Europäische Plattformagentur“ (im Folgenden **die „Agentur“**) als **Einrichtung der Union** eingerichtet, **die Rechtspersönlichkeit besitzt.**

Or. en

**Änderungsantrag 2032**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Die Agentur ist im Einklang mit den in Abschnitt 3 dieser Verordnung dargelegten Verfahren für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung für sehr große Online-Plattformen zuständig.**

Or. en

**Änderungsantrag 2033**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2) Das Gremium *berät die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:***

**(2) Das Gremium *arbeitet mit der Kommission zusammen, um die Überwachung der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen.***

Or. fr

**Änderungsantrag 2034**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2) Das Gremium *berät die Koordinatoren für digitale Dienste und***

**(2) Das Gremium *trifft im Einklang mit dieser Verordnung Entscheidungen,***



**die Kommission** im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:

um folgende Ziele zu erreichen:

Or. en

**Änderungsantrag 2035**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(2) **Das Gremium** berät die Koordinatoren für digitale Dienste **und die Kommission** im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:

(2) **Die Agentur** berät die Koordinatoren für digitale Dienste im Einklang mit dieser Verordnung, um folgende Ziele zu erreichen:

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Absatz 1 und Kapitel IV Abschnitt 3.*

**Änderungsantrag 2036**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) **Beitrag zur einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und zur wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 2037**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) **Beitrag zur** einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und **zur** wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

*Geänderter Text*

a) **Sicherstellung der** einheitlichen Anwendung dieser Verordnung **in der gesamten Union** und **der** wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

Or. en

**Änderungsantrag 2038**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) Beitrag zur einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und zur wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste **und der Kommission** in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

*Geänderter Text*

a) Beitrag zur einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und zur wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Absatz 1 und Kapitel IV Abschnitt 3. Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Absatz 1.*

**Änderungsantrag 2039**  
**Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**aa) Beitrag zur wirksamen  
Anwendung von Artikel 3 der  
Richtlinie 2000/31/EG zur Verhinderung  
einer Fragmentierung des digitalen  
Binnenmarkts;**

Or. en

**Änderungsantrag 2040**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**b) Koordinierung und Mitwirkung an  
Leitlinien und Analysen der Kommission,  
der Koordinatoren für digitale Dienste  
und anderer zuständiger Behörden zu neu  
auftretenden Fragen in Bezug auf  
Angelegenheiten, die unter diese  
Verordnung fallen, im gesamten  
Binnenmarkt;**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 2041**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) Koordinierung und **Mitwirkung an**  
Leitlinien und Analysen der Kommission,  
der Koordinatoren für digitale Dienste und  
anderer zuständiger Behörden zu neu  
auftretenden Fragen in Bezug auf  
Angelegenheiten, die unter diese

b) Koordinierung und **Bereitstellung**  
**von** Leitlinien und Analysen der  
Kommission, der Koordinatoren für  
digitale Dienste und anderer zuständiger  
Behörden zu neu auftretenden Fragen in  
Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese

Verordnung fallen, im gesamten  
Binnenmarkt;

Verordnung fallen, im gesamten  
Binnenmarkt;

Or. en

## **Änderungsantrag 2042**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

b) Koordinierung und Mitwirkung an Leitlinien und Analysen **der Kommission**, der Koordinatoren für digitale Dienste und anderer zuständiger Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

##### *Geänderter Text*

b) Koordinierung und Mitwirkung an Leitlinien und Analysen der Koordinatoren für digitale Dienste und anderer zuständiger Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

Or. en

##### *Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Absatz 1 und Kapitel IV Abschnitt 3.*

## **Änderungsantrag 2043**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe c**

##### *Vorschlag der Kommission*

**c) Unterstützung der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission bei der Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen.**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 2044**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**c) Unterstützung der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission bei der Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen.** **entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen an Absatz 1 und Kapitel IV Abschnitt 3.*

**Änderungsantrag 2045**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 47 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2a) Soweit es erforderlich ist, um die in dieser Verordnung festgelegten Ziele zu erreichen, und unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und der Organe der Union kann die Agentur mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten sowie mit internationalen Organisationen zusammenarbeiten.**

**Zu diesem Zweck kann die Agentur, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Aufsichtsgremium und nach Zustimmung der Kommission, Arbeitsvereinbarungen mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten und mit internationalen Organisationen treffen. Diese Vereinbarungen begründen keine rechtlichen Verpflichtungen für die**

**Änderungsantrag 2046**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Aufbau und Arbeitsweise** des Gremiums

**Organisation** des Gremiums

**Änderungsantrag 2047**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Aufbau und Arbeitsweise **des Gremiums**

Aufbau und Arbeitsweise **der Agentur**

**Änderungsantrag 2048**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) **Das Gremium** setzt sich aus **den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im**

(1) **Die Agentur** setzt sich aus dem operativen **Teil der Agentur und einem Aufsichtsgremium zusammen.**

*nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.*

Or. en

### Änderungsantrag 2049

Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, **beteiligen** sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

##### *Geänderter Text*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, **können** sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums **beteiligen**. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind. ***Ist von einem Mitgliedstaat mehr als ein Vertreter anwesend, so wird nur das letzte Wort des Koordinators für digitale Dienste als Standpunkt des betreffenden Mitgliedstaats betrachtet.***

Or. en

##### *Begründung*

*Die Hierarchie der Beschlussfassung muss eindeutig sein. Die endgültige Entscheidung, auch*

bei Entscheidungen, die ohne Abstimmung getroffen werden, liegt allein beim Koordinator für digitale Dienste.

## Änderungsantrag 2050

Petra Kammerevert, Christel Schaldemose, Evelyne Gebhardt

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 48 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

##### *Geänderter Text*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, ***insbesondere Vertreter europäischer Regulierungsnetzwerke unabhängiger nationaler Regulierungsbehörden und/oder -stellen***, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

Or. en

## Änderungsantrag 2051

Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron  
im Namen der ID-Fraktion

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 48 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im

##### *Geänderter Text*

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im



nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind. **Die Sitzung gilt als beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der berechtigten Mitglieder anwesend sind.**

Or. en

**Änderungsantrag 2052**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) **Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden.** Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

*Geänderter Text*

(1) Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

Or. fr

**Änderungsantrag 2053**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2) Jeder Mitgliedstaat verfügt über eine Stimme. Die Kommission hat kein Stimmrecht.** *entfällt*

**Das Gremium nimmt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit an.**

Or. en

**Änderungsantrag 2054**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Ist von einem Mitgliedstaat mehr als ein Vertreter anwesend, so ist nur der Koordinator für digitale Dienste stimmberechtigt.***

Or. en

*Begründung*

*Die Hierarchie der Beschlussfassung muss eindeutig sein. Die endgültige Entscheidung, auch über die Abstimmung, liegt allein beim Koordinator für digitale Dienste.*

**Änderungsantrag 2055**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Das Gremium nimmt seine Beschlüsse mit** *entfällt*

*einfacher Mehrheit an.*

Or. en

**Änderungsantrag 2056**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovagliari,  
Markus Buchheit**  
im Namen der ID-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 48 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Das Gremium nimmt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit an.

*Geänderter Text*

Das Gremium nimmt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit an. ***Im Fall einer Stimmgleichheit gilt die Abstimmung als ungültig, und das Gremium führt eine erneute Abstimmung durch.***

Or. en

**Änderungsantrag 2057**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 48 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Das Gremium nimmt seine Beschlüsse mit ***einfacher*** Mehrheit an.

*Geänderter Text*

Das Gremium nimmt ***all*** seine Beschlüsse mit ***qualifizierter*** Mehrheit an.

Or. fr

**Änderungsantrag 2058**

**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 48 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.**

**entfällt**

Or. en

### **Änderungsantrag 2059**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.**

**(3) Den Vorsitz des Gremiums führt ein Vorsitzender, der aus seinen Mitgliedern gewählt wird. Dem Vorsitzenden des Gremiums ist es nicht gestattet, gleichzeitig eine nationale Regulierungsstelle in seinem jeweiligen Mitgliedstaat zu leiten. Die Amtszeit des Vorsitzenden sollte auf höchstens drei Jahre begrenzt sein und einmal verlängert werden können. Der Vorsitzende des Gremiums beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.**

Or. en

### **Änderungsantrag 2060**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die **Kommission beruft die Sitzungen ein** und **bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben** des Gremiums **gemäß** dieser Verordnung und **seiner Geschäftsordnung vor**.

*Geänderter Text*

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission, die **als Sekretariat fungiert** und die **Tätigkeiten** des Gremiums **im Rahmen** dieser Verordnung **administrativ** und **analytisch unterstützt**.

**Das Mitglied des Gremiums, das den Mitgliedstaat vertritt, der den Ratsvorsitz innehat, beruft in Abstimmung mit der Kommission die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung vor.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2061**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Das Gremium nimmt seine Geschäftsordnung an.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2062**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4) Die Kommission leistet administrative und analytische Unterstützung für die Tätigkeiten des Gremiums gemäß dieser Verordnung.**

**entfällt**

**Änderungsantrag 2063**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(4) **Die Kommission leistet administrative und analytische Unterstützung für die Tätigkeiten des Gremiums gemäß dieser Verordnung.**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 2064**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(5) **Das Gremium** kann Sachverständige und Beobachter zu **seinen** Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen zusammenarbeiten. **Das Gremium** macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse **der** dieser Zusammenarbeit zugänglich.

(5) **Die Agentur** kann Sachverständige und Beobachter zu **ihren** Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen zusammenarbeiten. **Die Agentur** macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen von Artikel 47.*

**Änderungsantrag 2065**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammenarbeiten**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse **der** dieser Zusammenarbeit zugänglich.

*Geänderter Text*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und **arbeitet** mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammen**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Or. en

**Änderungsantrag 2066**  
**Geoffroy Didier, Sabine Verheyen, Brice Hortefeux, Nathalie Colin-Oesterlé**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammenarbeiten**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse **der** dieser Zusammenarbeit zugänglich.

*Geänderter Text*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und **arbeitet** mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammen**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Or. en

**Änderungsantrag 2067**  
**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(5a) Das Gremium konsultiert gegebenenfalls interessierte Kreise und gibt ihnen Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der Konsultationen zugänglich.**

Or. en

*Begründung*

*Da das Gremium möglicherweise Empfehlungen abgeben wird, die ausgewählte Unternehmen oder unterschiedliche ganze Branchen unmittelbar betreffen, ist es nur recht und billig, wenn interessierte Kreise vor der Abgabe dieser Empfehlungen konsultiert werden können.*

**Änderungsantrag 2068**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(6) Das Gremium gibt sich nach Zustimmung der Kommission eine Geschäftsordnung.**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 2069**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(6) Das Gremium gibt sich *nach***

**(6) Das Gremium gibt sich *mit***



*Zustimmung der Kommission* eine  
Geschäftsordnung.

*Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder* eine  
Geschäftsordnung **und regelt seine  
Arbeitsabläufe selbst.**

Or. en

### **Änderungsantrag 2070**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten  
Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin,  
Liesje Schreinemacher**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(6) Das Gremium gibt sich nach  
Zustimmung der Kommission eine  
Geschäftsordnung.

(6) Das Gremium gibt sich **mit  
Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder und**  
nach Zustimmung der Kommission eine  
Geschäftsordnung.

Or. en

#### *Begründung*

*Wie auch bei anderen ähnlichen Gremien sollte die Geschäftsordnung nicht nur mit einfacher  
Mehrheit angenommen werden, Einstimmigkeit sollte aber nicht erforderlich sein.*

### **Änderungsantrag 2071**

**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(6) **Das Gremium** gibt sich **nach  
Zustimmung der Kommission** eine  
Geschäftsordnung.

(6) **Die Agentur** gibt sich eine  
Geschäftsordnung.

Or. en

*Begründung*

*Angleichung an die vorgeschlagenen Änderungen von Artikel 47 und Abschnitt 3.*

**Änderungsantrag 2072**

**Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 48 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

(6) Das Gremium gibt sich **nach Zustimmung der Kommission eine Geschäftsordnung.**

*Geänderter Text*

(6) Das Gremium gibt sich **eine Geschäftsordnung und setzt die Kommission davon in Kenntnis.**

Or. en

**Änderungsantrag 2073**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 48 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 48a**

**Unabhängigkeit der Agentur und  
Betrugsbekämpfung**

(1) **Bei der Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben handelt die Agentur unabhängig und objektiv im Interesse der Union und im Einklang mit den in der Charta niedergelegten Grundrechten und lässt sich dabei nicht von bestimmten nationalen oder persönlichen Interessen leiten.**

(2) **Unbeschadet der Koordinierung gemäß den Artikeln 45 und 46 und der Berücksichtigung von externem Fachwissen gemäß Artikel 45 Absatz 5, Artikel 48c (neu) und Abschnitt 3 darf die Agentur keine Weisungen von**

**Regierungen, Einrichtungen, Körperschaften, Personen oder Gremien einholen oder entgegennehmen.**

**(3) Die Agentur richtet eine öffentliche Datenbank ein, in der sie ihren Austausch mit externen Interessenträgern insbesondere mit Blick auf Unternehmens- und andere finanzielle Interessen dokumentiert. Diese Datenbank sollte einfach zugänglich sein, ununterbrochen auf der Website der Agentur zur Verfügung stehen und kontinuierlich aktualisiert werden. Die Agentur erstellt einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie macht die Jahresberichte der Öffentlichkeit zugänglich und übermittelt sie den Koordinatoren für digitale Dienste, der Kommission und dem Parlament. Die Jahresberichte enthalten mindestens folgende Angaben:**

**a) Anzahl und Gegenstand von Beschwerden und Verfahren**

**b) Anzahl und Gegenstand der Zusammenkünfte mit Vertretern, die in der in Absatz 3 genannten Datenbank dokumentiert sind**

**c) gegebenenfalls Erkenntnisse und Empfehlungen des Beraterforums zu den in Artikel 48c Absatz 1 aufgeführten Themen.**

**(4) Um die Bekämpfung von Betrug, Korruption und sonstigen rechtswidrigen Handlungen im Sinne der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zu erleichtern, tritt die Agentur binnen sechs Monaten nach Aufnahme ihrer Tätigkeit der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 25. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die internen Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) bei und verabschiedet entsprechende Bestimmungen, die für alle Mitarbeiter**

*der Agentur gelten, wobei sie auf das Muster in der Anlage zu jener Vereinbarung zurückgreift.*

*(5) Der Rechnungshof ist befugt, bei allen Begünstigten, Auftragnehmern und Unterauftragnehmern, die von der Agentur Unionsmittel erhalten haben, Rechnungsprüfungen anhand von Belegkontrollen und Überprüfungen vor Ort durchzuführen.*

*(6) Das OLAF kann auf der Grundlage der Bestimmungen und Verfahren der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates Untersuchungen einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchführen, um festzustellen, ob im Zusammenhang mit von der Agentur finanzierten Finanzhilfen oder Verträgen Betrug, Korruption oder eine sonstige rechtswidrige Handlung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorliegt.*

Or. en

#### *Begründung*

*Die Agentur muss unabhängig von Unternehmensinteressen sowie von staatlichen und anderen Interessen sein, damit sie ihre Aufgabe, sehr große Online-Plattformen zu beaufsichtigen, wahrnehmen kann. Die Agentur sollte ein eigenes Transparenzregister führen und jährliche Berichte veröffentlichen, in denen auch die Kontakte mit Interessenvertretern, die in dem jeweiligen Jahr stattgefunden haben, aufgeführt sein sollten.*

#### **Änderungsantrag 2074**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 48 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 48b**

## *Aufsichtsgremium*

**(1) Das Aufsichtsgremium stellt sicher, dass die Agentur die ihr mit dieser Verordnung übertragenen Aufgaben im Einklang mit den in Abschnitt 3 beschriebenen Verfahren wahrnimmt.**

**(2) Das Aufsichtsgremium weist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf und setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen. Fünf der Mitglieder vertreten die Koordinatoren für digitale Dienste. Mindestens zwei Mitglieder kommen aus Verbraucherorganisationen, und mindestens zwei Mitglieder sind Experten für Risikoabschätzung im Bereich der Menschenrechte. Die Kommission wird von einem Mitglied vertreten.**

**Die Mitglieder werden vom Europäischen Parlament nach Rücksprache mit dem Rat aus einer geschlechtsspezifisch ausgewogenen Liste, die von der Kommission erstellt wurde und auf der die Zahl der aufgeführten Kandidaten die Zahl der zu ernennenden Mitglieder deutlich übersteigt, ausgewählt und ernannt.**

**Die von der Kommission erstellte Liste wird dem Europäischen Parlament zusammen mit den entsprechenden Unterlagen übermittelt. So rasch wie möglich und innerhalb von drei Monaten nach der Übermittlung kann der Rat seine Stellungnahme dem Europäischen Parlament zur Prüfung vorlegen, das dann die Mitglieder des Aufsichtsgremiums ernennt.**

**Bei der Auswahl der Mitglieder des Gremiums ist darauf zu achten, dass die höchsten Kompetenz- und Wissensstandards in einem breiten Spektrum einschlägiger Bereiche abgedeckt werden, wobei zu diesen Bereichen etwa Verbraucher- und Datenschutz, Informatik, Menschenrechte, Nutzererlebnis und Technikdesign, Wirtschaft, Soziologie und Recht gehören, und dass die Mitglieder unterschiedliche Erfahrungen aus**

*verschiedenen Bereichen mitbringen und im Einklang damit für die größtmögliche geografische Streuung in der Union gesorgt ist.*

*Die Mitglieder des Aufsichtsgremiums dürfen nicht für sehr große Online-Plattformen arbeiten und müssen offenlegen, wenn sie von sehr großen Online-Plattformen für frühere Tätigkeiten eine Vergütung erhalten haben. Die Mitglieder verpflichten sich schriftlich, in einem Zeitraum von drei Jahren nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsgremium weder für sehr große Online-Plattformen noch für einen Berufs- oder Wirtschaftsverband, dem die Plattform als Mitglied angehört, tätig zu werden.*

*(3) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt vier Jahre und kann einmal verlängert werden.*

*(4) Sofern nicht anders vorgesehen, beschließt das Aufsichtsgremium mit der Mehrheit seiner Mitglieder.*

*(5) Das Aufsichtsgremium gibt sich eine Geschäftsordnung und übernimmt die internen Regeln der Agentur. Die Geschäftsordnung und die Regeln werden veröffentlicht.*

*(6) Das Aufsichtsgremium wählt eines seiner Mitglieder für einen Zeitraum von zwei Jahren zu seinem Vorsitzenden; Wiederwahl ist möglich. Der Vorsitzende vertritt das Aufsichtsgremium nach außen.*

*(7) Das Aufsichtsgremium tritt auf Einladung durch den Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder zusammen.*

*(8) Das Aufsichtsgremium wird von einem Sekretariat unterstützt.*

Or. en

#### *Begründung*

*Die Agentur benötigt ein wirkmächtiges und unabhängiges Aufsichtsgremium, das die*

*Bestimmungen dieser Verordnung bei sehr großen Online-Plattformen durchsetzt. Die Kommission ist zwar unabhängig von nationalen Regierungen, aber trotzdem eine politische Organisation und erfüllt deshalb nicht die Voraussetzungen zur Durchsetzung dieser Verordnung; außerdem könnte es zu Interessenkonflikten kommen, wenn die Kommission die Bestimmungen für sehr große Online-Plattformen sowohl ausarbeitet als auch durchsetzt. Deshalb gehört der Agentur ein unabhängiges Regulierungsgremium an, das sehr große Online-Plattformen beaufsichtigt.*

## **Änderungsantrag 2075**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 48 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 48c**

##### **Haushaltsplan der Agentur**

**(1) Die Einnahmen der Agentur umfassen unbeschadet anderer, noch festzulegender Mittel und Gebühren einen im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union vorgesehenen Unionszuschuss und eine jährliche Aufsichtsgebühr für sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25.**

**(2) Die Ausgaben der Agentur decken die Personal-, Verwaltungs- und Infrastrukturkosten, die Betriebskosten und die Ausgaben im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Beraterforums sowie die Kosten der von der Agentur zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben geschlossenen Verträge und Vereinbarungen.**

**(3) Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein.**

**(4) Die Agentur erhebt bei sehr großen Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 eine jährliche Aufsichtsgebühr. Die Gebühr darf die Kosten für die Aufsichtsaufgaben gemäß den Artikeln 25 bis 33 dieser Verordnung nicht**

**übersteigen.**

**Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie die Berechnungsmethoden für die Bestimmung der Höhe der jeweiligen Gebühr für jede sehr große Online-Plattform im Sinne von Artikel 25 für die Zwecke der Umsetzung dieses Artikels festlegt.**

**Dieser Artikel berührt nicht das Recht der nationalen zuständigen Behörden, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften Gebühren zu erheben.**

**(5) Die Agentur erstellt jährlich den Voranschlag ihrer Einnahmen und Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr und stützt sich dabei auf den Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben. Die Agentur übermittelt den Voranschlag, der einen Entwurf des Stellenplans umfasst, gemeinsam mit dem vorläufigen Jahresarbeitsprogramm bis zum 31. März der Kommission. Die Kommission übermittelt den Voranschlag zusammen mit dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union dem Europäischen Parlament und dem Rat (nachstehend „Haushaltsbehörde“ genannt). Die Kommission setzt auf der Grundlage des Voranschlags die von ihr für erforderlich erachteten Mittelansätze für den Stellenplan und den Betrag des Zuschusses aus dem Gesamthaushaltsplan in den Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union ein, den sie gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union der Haushaltsbehörde vorlegt. Die Haushaltsbehörde bewilligt die Mittel für den Zuschuss für die Agentur und stellt den Stellenplan der Agentur fest.**

**(6) Der Haushaltsplan wird von der Agentur festgestellt. Er wird endgültig, wenn der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union endgültig festgestellt ist. Gegebenenfalls wird er entsprechend**



*angepasst.*

**(7) Die Agentur unterrichtet die Haushaltsbehörde schnellstmöglich über alle von ihr geplanten Vorhaben, die erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Finanzierung des Haushaltsplans haben werden.**

**(8) Hat ein Teil der Haushaltsbehörde mitgeteilt, dass er eine Stellungnahme abgeben will, so übermittelt er diese Stellungnahme der Agentur innerhalb von sechs Wochen nach der Unterrichtung über das Vorhaben.**

Or. en

### *Begründung*

*Die Agentur benötigt Mittel aus dem Haushaltsplan der Union. Sehr große Online-Plattformen müssen die Kosten für die Aufsicht gemäß den Artikeln 25 bis 33, in denen die besonderen Verpflichtungen für sehr große Online-Plattformen aufgeführt sind, im Wege von an die Agentur zu entrichtenden Aufsichtsgebühren tragen (analog zur Bankenaufsicht, bei der die EZB bedeutende (besonders große, systemrelevante) Banken direkt beaufsichtigt und diese Banken eine Aufsichtsgebühr zur Deckung der Kosten ihrer Beaufsichtigung entrichten (vgl. etwa Verordnung (EU) Nr. 1163/2014 der Europäischen Zentralbank)). Diese Gebühren dürfen die Kosten für die Beaufsichtigung nicht übersteigen.*

### **Änderungsantrag 2076**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 48 d (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 48d**

##### **Personal der Agentur**

**(1) Für das von der Agentur beschäftigte Personal gelten das Statut der Beamten der Europäischen Union, die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union und die im gegenseitigen Einvernehmen der Organe der Union**

*erlassenen Regelungen zur Durchführung des Statuts und der Beschäftigungsbedingungen.*

*(2) Das Personal der Agentur besteht aus von der Agentur gemäß ihrem Bedarf für die Erfüllung ihrer Aufgaben eingestellten Bediensteten. Diese verfügen über geeignete Sicherheitsermächtigungen für den Geheimhaltungsgrad der Informationen, die sie bearbeiten.*

*(3) Durch die internen Regelungen der Agentur wie etwa die Geschäftsordnung des Aufsichtsgremiums, die für die Agentur geltende Finanzregelung, die Bestimmungen über die Anwendung des Statuts und die Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten werden die Autonomie und die Unabhängigkeit des Personals sichergestellt.*

Or. en

**Änderungsantrag 2077**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 48 e (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 48e**

*Sitzabkommen und Arbeitsbedingungen*

*(1) Der Sitz der Agentur befindet sich in Brüssel (Belgien).*

*(2) Die notwendigen Regelungen betreffend die Unterbringung der Agentur in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Sitz hat, sowie die besonderen Vorschriften, die im Sitzmitgliedstaat für die Mitglieder des Aufsichtsgremiums, das Personal der Agentur und für Familienangehörige dieser Personen gelten, werden in einem*

*Sitzabkommen festgelegt, das nach Billigung durch den Verwaltungsrat spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung zwischen der Agentur und dem Sitzmitgliedstaat geschlossen wird.*

*(3) Der Sitzmitgliedstaat der Agentur sorgt für die bestmöglichen Bedingungen zur Gewährleistung des reibungslosen und effizienten Betriebs der Agentur, einschließlich eines mehrsprachigen und europäisch ausgerichteten schulischen Angebots und geeigneter Verkehrsverbindungen.*

Or. en

### *Begründung*

*Es muss ein Beschluss über den Standort der neuen Agentur gefasst werden.*

### **Änderungsantrag 2078**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 48 f (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

### *Artikel 48f*

#### *Aufnahme der Tätigkeiten der Agentur*

*(1) Die Agentur nimmt am Tag des Geltungsbeginns dieser Verordnung ihren Betrieb auf und führt ihren eigenen Haushaltsplan aus.*

*(2) Die Kommission ist für die Einrichtung und den anfänglichen Betrieb der Agentur zuständig, bis die Agentur einsatzbereit ist. Zu diesem Zweck kann die Kommission fünf ihrer Beamten benennen, die so lange als Übergangsaufsichtsgremium fungieren, bis das Aufsichtsgremium nach der Ernennung seiner Mitglieder seine*

***Tätigkeit aufnimmt.***

Or. en

*Begründung*

*Damit die Agentur zügig aufgebaut werden kann, kann die Kommission anfangs einige ihrer operativen Aufgaben wahrnehmen.*

**Änderungsantrag 2079**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 49 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Aufgaben des Gremiums***

***Koordinierungsaufgaben der Agentur***

Or. en

**Änderungsantrag 2080**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 49 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Soweit dies zur Erreichung der in Artikel 47 Absatz 2 genannten Ziele erforderlich ist, nimmt **das Gremium** insbesondere folgende Aufgaben wahr:

(1) Soweit dies zur Erreichung der in Artikel 47 Absatz 2 genannten Ziele erforderlich ist, nimmt **die Agentur** insbesondere folgende Aufgaben wahr:

Or. en

**Änderungsantrag 2081**

**Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*ca) kontinuierliche Ausarbeitung von Leitlinien und bewährten Verfahren für die Entwicklung und Konzipierung von Schnittstellen zur Eindämmung von „Dark Patterns“;*

Or. en

**Änderungsantrag 2082**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*ca) Abgabe gesonderter Empfehlungen zur Umsetzung von Artikel 27 und Beratung zur etwaigen Anwendung von Sanktionen bei wiederholten Zuwiderhandlungen;*

Or. en

**Änderungsantrag 2083**

**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*ca) Einberufung regelmäßiger gemeinsamer Sitzungen aller Koordinatoren für digitale Dienste zum Zweck des Austauschs über ihre Aufsichtstätigkeiten und der entsprechenden Abstimmung;*

**Änderungsantrag 2084**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**d) *Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;***

***entfällt***

**Änderungsantrag 2085**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**d) *Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;***

**d) *Beschlussfassung über das Ergreifen der in den Artikeln 51, 55, 56, 57, 58, 59 und 60 dieser Verordnung genannten Maßnahmen;***

**Änderungsantrag 2086**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – **auf Aufforderung der Kommission** – Abgabe von Stellungnahmen zu **Entwürfen von Maßnahmen der Kommission** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

*Geänderter Text*

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und Abgabe von Stellungnahmen zu **Angelegenheiten** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Or. en

**Änderungsantrag 2087**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) **Beratung der Kommission beim** Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

*Geänderter Text*

d) **Beschlussfassung über das** Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – auf Aufforderung der Kommission – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Or. en

**Änderungsantrag 2088**  
**Arba Kokalari, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Axel Voss, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**da) Überwachung von Ausnahmen von der Binnenmarktklausel nach Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG und Sicherstellung, dass die Voraussetzungen für die Ausnahme strikt und eng ausgelegt werden, damit für die kohärente Anwendung dieser Verordnung gesorgt ist;**

Or. en

### **Änderungsantrag 2089**

**Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Pablo Arias Echeverría, Andreas Schwab, Anna-Michelle Asimakopoulou, Maria da Graça Carvalho, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Pilar del Castillo Vera, Marion Walsmann, Barbara Thaler**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

e) Unterstützung und Förderung der Entwicklung und Umsetzung europäischer Normen, Leitlinien, Berichte, Formulare und Verhaltenskodizes gemäß dieser Verordnung sowie Bestimmung neu auftretender Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen.

e) Unterstützung und Förderung der Entwicklung und Umsetzung europäischer Normen, Leitlinien, Berichte, Formulare und Verhaltenskodizes gemäß dieser Verordnung **in enger Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessenträgern** sowie Bestimmung neu auftretender Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen.

Or. en

### **Änderungsantrag 2090**

**Adam Bielan, Kosma Złotowski, Eugen Jurzyca, Beata Mazurek**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**ea) Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen oder Ratschlägen zu**



**Änderungsantrag 2091**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2) Die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige nationale Behörden, die den vom Gremium an sie gerichteten Stellungnahmen, Aufforderungen oder Empfehlungen nicht folgen, geben bei der Berichterstattung gemäß dieser Verordnung oder bei der Annahme ihrer einschlägigen Beschlüsse gegebenenfalls die Gründe dafür an.**

**entfällt**

**Änderungsantrag 2092**  
**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 49 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 49a**

**Berichte**

**(1) Das Gremium erstellt einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten. Der Bericht wird in allen Amtssprachen der Mitgliedstaaten veröffentlicht und dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission übermittelt.**

**(2) Der Jahresbericht umfasst unter anderem Informationen und eine Überprüfung der praktischen Anwendung der Stellungnahmen, Leitlinien, Empfehlungen und Ratschläge sowie der gemäß Artikel 49 Absatz 1 ergriffenen Maßnahmen.**

Or. en

*Begründung*

*Das Gremium sollte verpflichtet sein, einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten zu erstellen.*

**Änderungsantrag 2093**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 49 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 49b**

**Vertraulichkeit**

**(1) Die Beratungen des Gremiums sind gemäß seiner Geschäftsordnung vertraulich, wenn das Gremium dies für erforderlich hält.**

**(2) Der Zugang zu den den Mitgliedern des Gremiums, Experten und Vertretern von Dritten übermittelten Dokumenten ist in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates geregelt.**

Or. en

*Begründung*

*Da das Gremium Angelegenheiten erörtern wird, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kerngeschäft zahlreicher Unternehmen stehen, ist es nur recht und billig, dass bei seiner Tätigkeit das Erfordernis der Vertraulichkeit von Gesprächen und dem Gremium vorgelegten Dokumenten berücksichtigt wird.*

**Änderungsantrag 2094**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Erweiterte* Beaufsichtigung sehr großer  
Online-Plattformen

*Geänderter Text*

Beaufsichtigung sehr großer Online-  
Plattformen

Or. en

**Änderungsantrag 2095**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort eine Entscheidung trifft, in der er feststellt, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 verstoßen hat, nutzt er das erweiterte Beaufsichtigungssystem gemäß diesem Artikel. Er trägt etwaigen Stellungnahmen und Empfehlungen der Kommission und des Gremiums gemäß diesem Artikel weitestgehend Rechnung.*

*Geänderter Text*

Der Agentur wird die Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen hinsichtlich der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 übertragen.

Or. en

*Begründung*

*Die Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen obliegt der Agentur.*

**Änderungsantrag 2096**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort eine Entscheidung trifft, in der er feststellt, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 verstoßen hat, nutzt er das erweiterte **Beaufsichtigungssystem** gemäß diesem Artikel. **Er trägt etwaigen Stellungnahmen und Empfehlungen der Kommission und des Gremiums** gemäß diesem Artikel **weitestgehend Rechnung**.

*Geänderter Text*

Wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort eine Entscheidung trifft, in der er feststellt, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine der Bestimmungen von Kapitel III Abschnitt 4 verstoßen hat, nutzt er das **System für die erweiterte Beaufsichtigung** gemäß diesem Artikel. **Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, greift das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort auf das System für die erweiterte Beaufsichtigung** gemäß diesem Artikel **zurück**.

Or. en

**Änderungsantrag 2097**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

*Geänderter Text*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, kann **der Koordinator für digitale Dienste des betreffenden Mitgliedstaats auf eigene Initiative**, die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer

angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Or. fr

## **Änderungsantrag 2098**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine **dieser** Bestimmungen verstoßen hat, kann die **Kommission** von Amts wegen **bzw. das Gremium auf eigene Initiative** oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort **dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen**, die mutmaßliche Zuwiderhandlung **zu** untersuchen, **damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft**.

##### *Geänderter Text*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine **der** Bestimmungen **von Kapitel III Abschnitt 4** verstoßen hat, kann die **Agentur** von Amts wegen oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort die mutmaßliche Zuwiderhandlung untersuchen **und diese Entscheidung der betreffenden sehr großen Online-Plattform mitteilen**.

Or. en

##### *Begründung*

*Die Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen obliegt der Agentur.*

## **Änderungsantrag 2099**

**Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Katalin Cseh**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **kann** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb **einer angemessenen Frist** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

*Geänderter Text*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **empfiehlt** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste **ohne unangemessene Verzögerung, in jedem Fall aber innerhalb von zwei Monaten**, eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Or. en

**Änderungsantrag 2100**

**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné, Karen Melchior**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **kann** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

*Geänderter Text*

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **empfiehlt** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Or. en

**Änderungsantrag 2101**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, **der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.**

*Geänderter Text*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort, dem Koordinator für digitale Dienste des betreffenden Mitgliedstaats, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2102**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert **der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese** auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese

*Geänderter Text*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert **die Agentur die sehr große Online-Plattform** auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die

Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und **dem Koordinator für digitale Dienste**, der **Kommission und dem Gremium** zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.

Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und der **Agentur** zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.

Or. en

### Änderungsantrag 2103

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 2

##### *Vorschlag der Kommission*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. **Die** im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **können** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 **umfassen**.

##### *Geänderter Text*

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort**, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. **In den** im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **kann** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 **empfohlen werden**.

Or. en

### Änderungsantrag 2104

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans **übermittelt** das Gremium **dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort seine Stellungnahme zu dem Aktionsplan. Innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Stellungnahme entscheidet der Koordinator für digitale Dienste**, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

*Geänderter Text*

Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans **entscheidet** das Gremium, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

Or. en

**Änderungsantrag 2105**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans **übermittelt das Gremium dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort seine Stellungnahme zu dem Aktionsplan. Innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Stellungnahme entscheidet der Koordinator für digitale Dienste**, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

*Geänderter Text*

Innerhalb eines Monats nach Erhalt des Aktionsplans entscheidet **die Agentur**, ob der Aktionsplan geeignet ist, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen.

Or. en

**Änderungsantrag 2106**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann er **die betreffende sehr große Online-Plattform auffordern, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium innerhalb von vier Monaten nach dem im Unterabsatz 1 genannten Beschluss den Prüfbericht. Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann der Koordinator für digitale Dienste eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die Prüfung auf Kosten der betreffenden Plattform durchführen soll.**

*Geänderter Text*

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann er **das Gremium ersuchen, die Angelegenheit erneut zu prüfen. Dieses erlässt einen Beschluss, mit dem es die in den Artikeln 51, 55, 56, 57, 58, 59 und 60 vorgesehenen Befugnisse ausübt oder von deren Ausübung absieht.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2107**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Hat **der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort** Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann **er** die betreffende sehr große Online-Plattform auffordern, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung zur Bewertung der Wirksamkeit dieser

*Geänderter Text*

Hat **die Agentur** Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so kann **sie** die betreffende sehr große Online-Plattform auffordern, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In

Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform **dem Koordinator für digitale Dienste**, der **Kommission und dem Gremium** innerhalb von vier Monaten nach **dem im** Unterabsatz 1 genannten **Beschluss** den Prüfbericht. Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann **der Koordinator für digitale Dienste** eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die Prüfung auf Kosten der betreffenden Plattform durchführen soll.

diesem Fall übermittelt die Plattform der **Agentur** innerhalb von vier Monaten nach **der in** Unterabsatz 1 genannten **Entscheidung** den Prüfbericht. Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann **die Agentur** eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die Prüfung auf Kosten der betreffenden Plattform durchführen soll.

Or. en

## **Änderungsantrag 2108** **Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 50 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt der Kommission, dem Gremium und der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält er jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:**

**entfällt**

**a) innerhalb eines Monats nach Eingang des in Absatz 3 Unterabsatz 2 genannten Prüfberichts, wenn eine solche Prüfung durchgeführt wurde;**

**b) innerhalb von drei Monaten nach der Entscheidung über den Aktionsplan gemäß Absatz 3 Unterabsatz 1, wenn keine solche Prüfung durchgeführt wurde;**

**c) unmittelbar nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist, wenn die Plattform den Aktionsplan nicht**

*innerhalb dieser Frist übermittelt hat.*

*Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen der Kommission ergreift, unberührt.*

Or. fr

### **Änderungsantrag 2109**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

(4) *Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort* teilt der **Kommission, dem Gremium und der** betroffenen sehr großen Online-Plattform **seinen** Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält **er** jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

##### *Geänderter Text*

(4) **Die Agentur** teilt der betroffenen sehr großen Online-Plattform **ihren** Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält **sie** jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

Or. en

### **Änderungsantrag 2110**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(4) **Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort** teilt der Kommission, dem **Gremium** und der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält **er** jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

(4) **Das Gremium** teilt der Kommission und der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält **es** jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

Or. en

**Änderungsantrag 2111**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) innerhalb **von drei Monaten** nach der Entscheidung über den Aktionsplan gemäß Absatz 3 Unterabsatz 1, wenn keine solche Prüfung durchgeführt wurde;

b) innerhalb **eines Monats** nach der Entscheidung über den Aktionsplan gemäß Absatz 3 Unterabsatz 1, wenn keine solche Prüfung durchgeführt wurde;

Or. en

**Änderungsantrag 2112**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf**

**entfällt**

*das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen der Kommission ergreift, unberührt.*

Or. en

**Änderungsantrag 2113**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 50 – Absatz 4 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen der Kommission ergreift, unberührt.

*Geänderter Text*

Im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans darf der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Verlangen der Kommission **oder des *Gremiums*** ergreift, unberührt.

Or. en

**Änderungsantrag 2114**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

Eingreifen der Kommission und Einleitung von Verfahren

*Geänderter Text*

Eingreifen der Kommission und **des *Gremiums und*** Einleitung von Verfahren

Or. en

**Änderungsantrag 2115**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Eingreifen der Kommission und**  
Einleitung von Verfahren

Einleitung von Verfahren

Or. en

*Begründung*

*Die Beaufsichtigung sehr großer Online-Plattformen obliegt der Agentur.*

**Änderungsantrag 2116**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission kann entweder auf **Empfehlung** des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, **wenn**

(1) Die Kommission kann entweder auf **Anweisung** des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, **die im Verdacht steht, gegen eine der Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben.**

Or. fr

**Änderungsantrag 2117**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die **Kommission** kann *entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums* Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

*Geänderter Text*

(1) Die **Agentur** kann Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Or. en

**Änderungsantrag 2118**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung *des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums* Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission **oder das Gremium können** entweder auf Empfehlung *von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort oder auf eigene Initiative* Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Or. en

**Änderungsantrag 2119**  
**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **einleiten**, wenn

(1) Die Kommission **leitet** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **ein**, wenn

Or. en

**Änderungsantrag 2120**

**Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Barry Andrews, Susana Solís Pérez, Dragoş Pîslaru, Katalin Cseh**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **einleiten**, wenn

(1) Die Kommission **leitet** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **ein**, wenn

Or. en

**Änderungsantrag 2121**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator**

**entfällt**

***für digitale Dienste am Niederlassungsort nach der Aufforderung der Kommission gemäß Artikel 45 Absatz 7 keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen hat, bei Ablauf der darin hierfür gesetzten Frist;***

Or. fr

**Änderungsantrag 2122  
Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;***

***entfällt***

Or. fr

**Änderungsantrag 2123  
Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;***

***b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **das Gremium oder** die Kommission gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;***

Or. en

**Änderungsantrag 2124**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die **Kommission** gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;

*Geänderter Text*

b) diese im Verdacht steht, gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen zu haben, und der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die **Agentur** gemäß Artikel 46 Absatz 2 ersucht hat, einzugreifen, bei Eingang dieses Antrags;

Or. en

**Änderungsantrag 2125**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) *diese gegen etwaige Bestimmungen des Kapitels III Abschnitt 4 verstoßen hat, bei Ablauf der Frist für die Mitteilung gemäß Artikel 50 Absatz 4.*

*Geänderter Text*

*entfällt*

Or. fr

**Änderungsantrag 2126**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*ca) diese die operativen Empfehlungen aus der unabhängigen Prüfung gemäß Artikel 28 Absatz 4 nicht umgesetzt hat.*

Or. en

### **Änderungsantrag 2127**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit, Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**  
im Namen der ID-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Beschließt die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Beschließt die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit. **Entscheidet sich die Kommission gegen die Einleitung eines Verfahrens nach Absatz 1, so setzt sie das Gremium schriftlich über die Gründe hierfür in Kenntnis.**

Or. en

### **Änderungsantrag 2128**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Beschließt** die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so **teilt** sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

**Beschließen das Gremium oder die** Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so **teilen** sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

**Änderungsantrag 2129**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

**Beschließt** die Kommission, ein Verfahren **nach** Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

*Geänderter Text*

**Leitet** die Kommission ein Verfahren **gemäß** Absatz 1 **ein oder beschließt sie, ein solches Verfahren** einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Or. fr

**Änderungsantrag 2130**  
**Karen Melchior, Samira Rafaela, Hilde Vautmans, Michal Šimečka, Ivars Ijabs, Anna Júlia Donáth, Olivier Chastel, Fabienne Keller, Petras Auštrevičius, Irène Tolleret, Ramona Strugariu, Barry Andrews, Katalin Cseh**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

**Beschließt** die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 **einzuweisen**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

*Geänderter Text*

**Wenn** die Kommission ein Verfahren nach Absatz 1 **einleitet**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Or. en

**Änderungsantrag 2131**  
**Sandro Gozi, Christophe Grudler, Laurence Farreng, Valérie Hayer, Stéphanie Yon-Courtin, Fabienne Keller, Stéphane Séjourné**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

**Beschließt** die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 **einzuleiten**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

*Geänderter Text*

**Wenn** die Kommission ein Verfahren nach Absatz 1 **einleitet**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Or. en

**Änderungsantrag 2132**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Beschließt die **Kommission**, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

*Geänderter Text*

Beschließt die **Agentur**, ein Verfahren nach Absatz 1 einzuleiten, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Or. en

**Änderungsantrag 2133**

**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

**Im Hinblick auf Absatz 1 Buchstaben a und b darf der betreffende Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt**

*Geänderter Text*

**entfällt**

**Artikel 66 oder andere Maßnahmen, die er möglicherweise auf Aufforderung der Kommission ergreift, unberührt.**

Or. fr

#### **Änderungsantrag 2134**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Im Hinblick auf Absatz 1 Buchstaben a und b darf der betreffende Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt **Artikel 66 oder andere** Maßnahmen, die er möglicherweise auf Aufforderung der **Kommission** ergreift, unberührt.

##### *Geänderter Text*

Im Hinblick auf Absatz 1 Buchstaben a und b darf der betreffende Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort im Anschluss an die Übermittlung des Aktionsplans keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf das einschlägige Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform mehr ergreifen; dies lässt **etwaige** Maßnahmen, die er möglicherweise auf Aufforderung der **Agentur** ergreift, unberührt.

Or. en

#### **Änderungsantrag 2135**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 51 – Absatz 3 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß Artikel 45 Absatz 7, Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der **Kommission**

##### *Geänderter Text*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß Artikel 45 Absatz 7, Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der **Agentur**

unverzüglich nach seiner Unterrichtung

unverzüglich nach seiner Unterrichtung

Or. en

**Änderungsantrag 2136**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 3 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß Artikel **45 Absatz 7, Artikel** 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der Kommission unverzüglich nach seiner Unterrichtung

*Geänderter Text*

(3) Der Koordinator für digitale Dienste gemäß Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 50 Absatz 1 übermittelt der Kommission unverzüglich nach seiner Unterrichtung

Or. fr

**Änderungsantrag 2137**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) alle Informationen, die der Koordinator für digitale Dienste mit **dem Gremium und** der betreffenden sehr großen Online-Plattform im Zusammenhang mit der Zuwiderhandlung bzw. der mutmaßlichen Zuwiderhandlung ausgetauscht hat;

*Geänderter Text*

a) alle Informationen, die der Koordinator für digitale Dienste mit der betreffenden sehr großen Online-Plattform im Zusammenhang mit der Zuwiderhandlung bzw. der mutmaßlichen Zuwiderhandlung ausgetauscht hat;

Or. en

**Änderungsantrag 2138**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 3 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) sonstige Informationen, die sich im Besitz des Koordinators für digitale Dienste befinden und für das von der **Kommission** eingeleitete Verfahren von Bedeutung sein können.

*Geänderter Text*

c) sonstige Informationen, die sich im Besitz des Koordinators für digitale Dienste befinden und für das von der **Agentur** eingeleitete Verfahren von Bedeutung sein können.

Or. en

**Änderungsantrag 2139**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) **Das Gremium und** die Koordinatoren für digitale Dienste, von denen die Aufforderung gemäß Artikel 45 Absatz 1 ausgeht, übermitteln der Kommission unverzüglich nach ihrer Unterrichtung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen, die für das von der **Kommission** eingeleitete Verfahren von Bedeutung sein können.

*Geänderter Text*

(4) Die Koordinatoren für digitale Dienste, von denen die Aufforderung gemäß Artikel 45 Absatz 1 ausgeht, übermitteln der Kommission unverzüglich nach ihrer Unterrichtung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen, die für das von der **Agentur** eingeleitete Verfahren von Bedeutung sein können.

Or. en

**Änderungsantrag 2140**  
**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Claudia Gamon, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 51 a (neu)**

**Artikel 51a**

**Anforderungen an die Kommission**

**(1) Die Kommission nimmt ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah wahr. Die Kommission sorgt dafür, dass ihre Referate, die für diese Verordnung zuständig sind, über angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.**

**(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handelt die Kommission völlig unabhängig. Sie arbeitet frei von äußeren direkten oder indirekten Einflüssen und darf keine Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen einholen oder entgegennehmen.**

Or. en

*Begründung*

*Wie auch in der Wettbewerbspolitik ist es unabdingbar, dass die Kommission apolitisch handelt und dass Entscheidungen nicht von anderen Prioritäten der Kommission oder von außenstehenden Körperschaften wie etwa anderen EU-Organen oder Mitgliedstaaten beeinflusst werden.*

**Änderungsantrag 2141**

**Adam Bielan, Kosma Zlotowski, Beata Mazurek**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 52 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer

*Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen, **ihren Rechtsvertretern** sowie von allen anderen Personen, die zu

gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. en

## **Änderungsantrag 2142** **Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 52 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der **ih**r in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **kann** die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

#### *Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der **ihnen** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **können** die Kommission **und das Gremium** durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. en

## **Änderungsantrag 2143** **Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die **Prüfungen** gemäß Artikel 28 **und Artikel 50 Absatz 3** durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

*Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die **Prüfung** gemäß Artikel 28 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. fr

**Änderungsantrag 2144**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Kommission** durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften,

*Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Agentur** durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften,

einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Or. en

## Änderungsantrag 2145

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die Kommission die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

#### *Geänderter Text*

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die Kommission die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden. ***Die Angabe des Zwecks umfasst Ausführungen dazu, warum und inwiefern die Informationen erforderlich und dem Zweck angemessen sind und warum sie nicht auf anderem Wege beschafft werden können.***

Or. en

#### *Begründung*

*Die Kommission sollte nicht nur das Verlangen begründen, sondern auch angeben, warum sie die Informationen nicht auf andere Weise beschaffen kann und warum das Verlangen angemessen ist. Die Kommission sollte nicht unbegrenzt Verlangen übermitteln dürfen.*

**Änderungsantrag 2146**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die **Kommission** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

*Geänderter Text*

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die **Agentur** die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

Or. en

**Änderungsantrag 2147**  
**Jean-Lin Lacapelle, Virginie Joron**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Verlangt die Kommission im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht

*Geänderter Text*

(3) Verlangt die Kommission im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht

hingewiesen, *den Beschluss* vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

hingewiesen, *eine gemäß diesem Artikel gefasste beschwerende Entscheidung* vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Or. fr

**Änderungsantrag 2148**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) *Verlangt* die Kommission im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, *gibt* sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, *führt* auf, welche Informationen erforderlich sind, und *setzt* die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner *nennt* sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. *nennt* oder *verhängt* darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

*Geänderter Text*

(3) *Verlangen* die Kommission *oder das Gremium* im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, *geben* sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, *führen* auf, welche Informationen erforderlich sind, und *setzen* die Frist für die Übermittlung der *Informationen* fest. Ferner *nennen* sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. *nennen* oder *verhängen* darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Or. en

**Änderungsantrag 2149**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 52 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Verlangt die **Kommission** im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

*Geänderter Text*

(3) Verlangt die **Agentur** im Wege eines Beschlusses, dass die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Informationen übermittelt, gibt sie die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der **Informationen** fest. Ferner nennt sie darin die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen bzw. nennt oder verhängt darin die in Artikel 60 vorgesehenen Zwangsgelder. Darüber hinaus wird darin auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Or. en

**Änderungsantrag 2150**

**Dita Charanzová, Andrus Ansip, Vlad-Marius Botoș, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 52 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit.

***Ordnungsgemäß bevollmächtigte  
Rechtsanwälte können die Informationen***

*Geänderter Text*

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit.



***im Namen ihrer Mandanten erteilen.  
Letztere bleiben in vollem Umfang dafür  
verantwortlich, dass die erteilten  
Informationen vollständig, sachlich  
richtig und nicht irreführend sind.***

Or. en

#### *Begründung*

*Dies ist nicht erforderlich, da Rechtsanwälte mit Blick auf den ersten Teil der Bestimmung als „Vertreter“ einer sehr großen Online-Plattform auftreten können. Zudem ist ein Rechtsanwalt zwar für seine eigenen Handlungen verantwortlich, kann aber nicht für die Handlungen seines Mandanten zur Rechenschaft gezogen werden, was auch für die Übermittlung möglicherweise falscher Angaben an den Rechtsanwalt gilt.*

#### **Änderungsantrag 2151 Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 5**

##### *Vorschlag der Kommission*

(5) Auf Verlangen der Kommission stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden der Kommission alle Informationen zur Verfügung, die **sie** zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **benötigt**.

##### *Geänderter Text*

(5) Auf Verlangen der Kommission **oder des Gremiums** stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden der Kommission **oder dem Gremium** alle Informationen zur Verfügung, die **diese** zur Wahrnehmung der **ihnen** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **benötigen**.

Or. en

#### **Änderungsantrag 2152 Alexandra Geese im Namen der Verts/ALE-Fraktion Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Auf Verlangen der **Kommission** stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden der **Kommission** alle Informationen zur Verfügung, die sie zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben benötigt.

*Geänderter Text*

(5) Auf Verlangen der **Agentur** stellen die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige Behörden der **Agentur** alle Informationen zur Verfügung, die sie zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben benötigt.

Or. en

**Änderungsantrag 2153**

**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 53 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **kann** die Kommission jede natürliche oder juristische Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

*Geänderter Text*

Zur Wahrnehmung der **ihnen** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **können** die Kommission **und das Gremium** jede natürliche oder juristische Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

Or. en

**Änderungsantrag 2154**

**Alexandra Geese**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 53 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Kommission** jede natürliche oder

*Geänderter Text*

Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Agentur** jede natürliche oder juristische

juristische Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

Person befragen, die der Befragung zum Zweck der Einholung von Informationen über den Gegenstand einer Untersuchung der Zuwiderhandlung oder mutmaßlichen Zuwiderhandlung zustimmt.

Or. en

## **Änderungsantrag 2155**

**Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Antonio Maria Rinaldi, Isabella Tovaglieri, Markus Buchheit**  
im Namen der ID-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 54**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 54**

**entfällt**

#### ***Befugnis zu Nachprüfungen vor Ort***

**(1) *Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.***

**(2) *Nachprüfungen vor Ort können auch mit Unterstützung von Prüfern oder Sachverständigen, die von der Kommission gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannt werden, durchgeführt werden.***

**(3) *Bei Nachprüfungen vor Ort können die Kommission und die von ihr benannten Prüfer oder Sachverständigen von der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Erläuterungen zu Organisation, Funktionsweise, IT-System, Algorithmen, Datenverwaltung und Geschäftsgebaren verlangen. Die Kommission und die von ihr benannten Prüfer oder Sachverständigen können Schlüsselpersonal der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52***

*Absatz 1 befragen.*

**(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ist verpflichtet, die Nachprüfungen vor Ort zu dulden, die die Kommission durch Beschluss angeordnet. In dem Beschluss werden Gegenstand und Zweck des Besuchs aufgeführt, das Datum des Beginns des Besuchs festgelegt, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehenen Sanktionen angegeben sowie auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.**

Or. en

**Änderungsantrag 2156**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 54 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der **ihr** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **kann** die Kommission Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

*Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der **ihnen** in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **können** die Kommission **oder das Gremium** Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

Or. en

**Änderungsantrag 2157**  
**Alexandra Geese**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion  
**Rasmus Andresen, Kim Van Sparrentak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 54 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Kommission** Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

*Geänderter Text*

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die **Agentur** Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

Or. en

**Änderungsantrag 2158**  
**Martin Schirdewan, Anne-Sophie Pelletier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 54 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Nachprüfungen vor Ort können auch mit Unterstützung von Prüfern oder Sachverständigen, die von der Kommission gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannt werden, durchgeführt werden.

*Geänderter Text*

(2) Nachprüfungen vor Ort können auch mit Unterstützung von Prüfern oder Sachverständigen, die von der Kommission **oder dem Gremium** gemäß Artikel 57 Absatz 2 benannt werden, durchgeführt werden.

Or. en